PAZIFIK IM ÜBERBLICK

EU und Pazifik verstärken Beziehungen

Die EU-Botschafterin für den pazifischen Raum, Barbara Plinkert, hat während eines offiziellen Treffens der pazifischen AKP-Staaten (PACP) Anfang August das Engagement der Europäischen Union (EU) in der Region bekräftigt.
Sie hob dafür das Pazifik-Protokoll des so genannten *„Samoa-Abkommens“* hervor, in dem der institutionelle Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit beschrieben wird.

„Wir arbeiten an der Einrichtung eines Pazifik-EU-Ministerrats und eines gemeinsamen Ausschusses. Sobald wir die Details ausgearbeitet haben, werden diese Gremien unsere Zusammenarbeit überwachen“, sagte Botschafterin Plinkert.
Eine erste parlamentarische Versammlung des „EU-Pazifik-Ministerrates“ soll bereits 2025 stattfinden.

Die EU plant, die pazifischen Länder durch eine zweite Phase der Meerespartnerschaft Pazifik-Europäische Union (*Pacific-European Union Marine Partnership,* PEUMP) bei der Stärkung der Klimaresilienz und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischerei zu unterstützen.

„Für den Zeitraum 2021-2027 haben wir 650 Millionen Euro (710 Millionen US-Dollar) für die Pazifikregion zugesagt“, erklärte die Botschafterin.

Im Rahmen der Global-Gateway-Initiative der EU laufen bereits Projekte in den Bereichen Verkehr, Energiewende sowie Wasser- und Abwasserinfrastruktur.

Info: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten hatten letztes Jahr ein neues Partnerschaftsabkommen mit der Organisation von Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean unterzeichnet. Dieses „Samoa-Abkommen“ wird als übergeordneter Rechtsrahmen der Beziehungen in den nächsten zwanzig Jahren dienen. Es tritt die Nachfolge des *Cotonou-Abkommens* an. Das Abkommen deckt Themen wie nachhaltige Entwicklung und Wachstum, Menschenrechte sowie Frieden und Sicherheit ab. Dem im November letzten Jahres unterzeichneten Abkommen sind inzwischen alle Pazifikstaaten beigetreten. *(Pressemitteilung Europ. Kommission 15.11.23, Pacific News Service 07.08.24)*

Kein Verstoß gegen Vertrag von Rarotonga

Der Premierminister der Cook-Inseln und Vorsitzende des *Pacific Islands Forums,* Mark Brown, hat bestätigt, dass Japans Einleitung von behandeltem nuklearem Abwasser in den Pazifischen Ozean nicht gegen den Vertrag von Rarotonga verstößt.

Während seines Besuchs in Tokio (Japan) Mitte Juli ging Premierminister Brown auf die Bedenken hinsichtlich der Einleitung von gereinigtem Abwasser aus dem Atomkraftwerk Fukushima ein. Er betonte, dass die Staats- und Regierungschefs des pazifischen Raums in dieser Angelegenheit einen Konsens mit Japan erzielt hätten.
„Das Wasser wurde behandelt, um schädliche Isotope zu entfernen, und entspricht somit den Standardrichtlinien der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA. Japan hält sich bei der Einleitung des Abwassers in den Ozean an diese Richtlinien", entgegnete Premierminister Brown auf die kritischen Stimmen.

Das TEPCO-eigene Kernkraftwerk verwendet ein als *Advanced Liquid Processing System* (ALPS) bekanntes Verfahren, bei dem spezielle Filter zum Einsatz kommen, die aus dem kontaminierten Wasser die meisten der 62 Arten radioaktiver Stoffe (Radionuklide wie Cäsium, Strontium, Jod und Kobalt, nicht aber Tritium) entfernen.

Auf einer Konferenz in Tokio im Juli betonten die Staats- und Regierungschefs der pazifischen Inselstaaten die Bedeutung einer gemeinsamen Verpflichtung zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt und der Meeresressourcen der Pazifikregion und forderten von Japan mehr Transparenz bei diesem Vorgang. Die Lebensgrundlage der Pazifikbewohner*innen und die Gesunderhaltung der Meeresumwelt seien allen Pazifikchefs ein wichtiges Anliegen, erklärte Premier Brown.

Hintergrund: Der Vertrag von Rarotonga (*South Pacific Nuclear Free Zone Treaty*, SPNFZT) wurde am 6. August 1985 von acht Mitgliedsstaaten des damaligen South Pacific Forum (heute: *Pacific Islands Forum*) auf Rarotonga (Cook-Inseln) unterzeichnet und trat am 11. Dezember 1986 in Kraft. Es handelt sich hierbei um einen völkerrechtlichen Vertrag, der das Testen, die

Stationierung, den Besitz sowie die Herstellung von Kernwaffen im Südpazifik verbietet. Außerdem untersagt er das Lagern von atomaren Abfällen in den Gewässern der Region. Der Vertragstext wird ergänzt von drei Protokollen, die die Wirkungen des Vertrags auf regionsfremde Staaten strecken sollen.
(Pacific News Service 23.07.24, https://www.atomwaffena-z.info/glossar/begriff/vertrag-von-rarotonga)

Jahreskonferenz der Zollorganisation

Vom 29. bis zum 31. Juli fand im *The Edgewater Resort* in Rarotonga (Cook-Inseln) die 26. Jahreskonferenz der in Fidschi ansässigen Ozeanischen Zollorganisation (*Oceania Customs Organisation*, OCO) statt. Sie stand unter dem Motto: *„Strengthening partnerships for dynamic solutions and a future-ready Blue Pacific".*

Bei der dreitägigen Konferenz kamen führende Politiker*innen und Zollbeamt*innen aus den pazifischen Inselstaaten zusammen, um Themen wie Grenzsicherheit, Handelserleichterungen und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zu erörtern.
Der Premierminister der gastgebenden Cook-Inseln, Mark Brown, sprach in seiner Eröffnungsrede von mannigfaltigen Herausforderungen für die Pazifikstaaten. Die Zollbehörden in der Region seien vor allem mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Grenzen gegen kriminelle Vereinigungen besser zu schützen. Diese nutzten zunehmend den Pazifik als Umschlagplatz für harte Drogen auf den Märkten Neuseelands und Australiens.
„Wir müssen Hand in Hand arbeiten und Informationen, Fachwissen und Ressourcen austauschen, um Drogenhandelsrouten zu unterbrechen, kriminelle Netzwerke zu zerschlagen und unsere Gemeinden zu schützen", forderte der Premier. Er sagte weiter, die regionalen Zollbehörden spielten eine unverzichtbare Rolle bei der Förderung und Erleichterung des Handels, der Sicherung der Grenzen und der Erzielung von Einnahmen für die Pazifikstaaten.

Bei der Konferenz ging es neben den Fragen von Grenzsicherung auch um den Klimawandel, sozialen Ungleichheiten und wirtschaftliche Anfälligkeiten. Die Teilnehmenden an der Konferenz bedauerten die unwirtschaftlichen Größenverhältnisse pazifischer Inselstaaten sowie die hohen Kosten für die Einhaltung von Vorschriften durch internationale Finanz- und Regulierungsbehörden, die Geschäftstätigkeit in Ozeanien stark erschwerten.

Rachael Goodwin, die Vorsitzende der *Oceania Customs Organisation*, würdigte die Leistungen der Organisation bei der Grenzsicherung, der Zerschlagung krimineller Netzwerke und der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

Die Leiterin des Sekretariats der Ozeanischen Zollorganisation, Nancy T. Oraka, erläuterte das Engagement der Organisation zur Stärkung der pazifischen Zollverwaltungen durch verschiedene Initiativen. Dazu gehören:

- Die Entwicklung einer neuen Generation von Fachleuten mit Schwerpunkt auf der Förderung von Frauen,
- Die Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs durch die Arbeitsgruppe für Informationsaustausch,
- Die Einführung eines Online-Schulungsprogramms für Zollbeamte, um die Steuererhebung zu verbessern,
- Die Durchführung eingehender Überprüfungen der Abkommen der Welthandelsorganisation und des Rahmens für das Risikomanagement.

(https://www.ocosec.org/, Cook Islands News 30.07.24)

Frauen fordern Maßnahmen gegen das nukleare Erbe und geschlechtsspezifische Ungleichheiten

Knapp 80 Jahre nach der Detonation der letzten Atombombe auf den Marshall-Inseln fordern führende Frauen aus der Pazifikregion eine konzertierte Aktion zur Untersuchung der Auswirkungen der Tests auf Frauen und Mädchen. Im Rahmen der 15. (dreijährlichen) Konferenz pazifischer weiblicher Führungskräfte und des 8. Treffens der pazifischen Frauen- und Familienministerinnen erging ein pazifikweiter Aufruf zur Solidarität mit den weiblichen Opfern der Atomtests auf den Inseln.
Die Frauenministerin der Marshall-Inseln und Vorsitzende des Treffens, Jess Gasper Jr., erklärte, die Abschlusserklärung der Frauenkonferenz sei ein wichtiger Schritt im Hinblick auf Gerechtigkeit für alle Atomtestopfer.
„Das ist etwas, das nicht nur die Menschen in Bikini, sondern auch in den anderen betroffenen Atol-

len beschäftigt hat. Für die Frauen, die Quallenbabys bekommen haben und an Krebs erkrankt sind, möchten wir uns bei allen Inselnationen bedanken, die sich mit den Marshall-Inseln in dieser Erklärung solidarisch zeigen", erklärte Ministerin Gasper Jr.

Die Ergebnisse der Konferenz enthalten eine Empfehlung für weitere Studien über den Zusammenhang zwischen den Gesundheitsproblemen auf den Marshall-Inseln und den Atomtests.
„Wir sind auf der Suche nach evidenzbasierten Daten, die einen direkten Zusammenhang zwischen den Gesundheitsergebnissen und unserem nuklearen Erbe herstellen können. Diese Daten sind unerlässlich, um unsere Regierung aufzufordern, die notwendigen Ressourcen zu sichern und letztlich die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Bevölkerung zu gewährleisten", sagte Ministerin Gasper.
„Die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen auf unsere Gemeinschaften, insbesondere auf Frauen und Mädchen, sind nicht nur historische Fakten. Es sind gelebte Erfahrungen", erläuterte Gasper weiter.

Neben dem nuklearen Erbe stellen auch die tief verwurzelten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten eine große Herausforderung für die Gesundheit der Frauen im Pazifik dar.

Die Konferenz befasste sich auch mit den tief verwurzelten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, die die Gesundheit von Frauen im Pazifikraum beeinträchtigen. Kulturelle Normen, begrenzter Zugang zur Gesundheitsversorgung und wirtschaftliche Ungleichheit wurden als wesentliche Hindernisse genannt.

Info: Die Marshall-Inseln haben mit 79 pro 100.000 Frauen die höchste Gebärmutterhalskrebsrate der Welt. Außerdem wird eine von acht Frauen im Laufe ihres Lebens an Brustkrebs erkranken. *(Marshall Islands Journal online)*

Neuer Generaldirektor

Noan David Pakop aus Papua-Neuguinea ist zum Generaldirektor der Fischereibehörde des Pacific Islands Forum (*Forum Fisheries Agency*, FFA) ernannt worden. Er ist der erste Neuguineer in diesem Amt.
Pakop, der von der Insel Tilienu in der Provinz Manus stammt, wurde offiziell am 25. Juli von den Ministern des 23. Fischereiausschusses des Forums in Honiara (Salomonen) ernannt. Er ist der zehnte Generaldirektor der FFA seit ihrer Gründung im Jahr 1979. Seine Vorgängerin war die Tongaerin Dr. Manu Tupou-Roosen, sie hatte als erste Frau das Amt seit 2018 inne.

Info: Pakop hat mehr als 33 Jahre seiner Karriere dem Fischereisektor gewidmet, von seiner Tätigkeit als Assistant Fisheries Extension Officer im damaligen *Department of Fisheries & Marine Resources* in den späten 1980er Jahren bis zu seiner jetzigen Funktion als stellvertretender Geschäftsführer für Technik und Betrieb bei der Nationalen Fischereibehörde (NFA) von Papua-Neuguinea. In dieser Funktion beaufsichtigt er die Aufgaben der NFA in den Bereichen Fischereimanagement, Aquakultur und Binnenfischerei, Überwachung, Kontrolle und Aufsicht, Lizenzvergabe und Datenmanagement sowie Unterstützung der Provinzen und Entwicklung der Fisch-Industrie. *(https://info.gov.pg/first-papua-new-guinean-appointed-as-director-general-of-pif-fisheries-agency/, Talanoa o' Tonga 07.08.24)*

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

PEACE-Projekt

Die staatliche US-amerikanische Entwicklungshilfeagentur *USAID* hat Anfang August ein auf fünf Jahre angelegtes Projekt zur Förderung des Friedens in den von Stammesgewalt geprägten Hochlandprovinzen Hela und Morobe zugesagt. Das Projekt mit dem bezeichnenden Namen PEACE wird mit 26 Mio. US-Dollar unterstützt. Es handelt sich um ein Projekt innerhalb der auf zehn Jahre angelegten US-amerikanischen Strategie zur Vermeidung von Konflikten und Sicherung von Stabilität (*U.S. Strategy to Prevent Conflict and Promote Stability*, SPCPS).

In dem Projekt sollen Workshops zur Vermeidung von Clanstreitigkeiten und Kämpfen stattfinden. Frauen sollen zu „Friedens-Promoterinnen" ausgebildet werden und es sollen Handreichungen erstellt werden, wie Gewalt gegen Frauen vermieden werden kann. Außerdem soll es ein Programm gegen die Verfolgung von angeblichen „Hexen" in den Hochlandprovinzen geben. Auch des Themas von Straßengewalt durch arbeitslose junge Männer will man sich annehmen. *(Post-Courier PNG 07.08.24)*

Erste Sondermüll-Deponie eingeweiht

Ende Juli hat die TWM-Firmengruppe die erste Industrieabfallentsorgungsanlage in Ozeanien eingeweiht. Die Sondermüllanlage (*Total Waste Management Hazardous Waste Landfill*) befindet sich in Roku in der Zentralprovinz von Papua-Neuguinea (PNG).
Mehr als 150 Interessensvertretende nahmen an der Veranstaltung teil, darunter der stellvertretende neuguineische Premierminister John Rosso, der Botschafter der Europäischen Union, Jacques Fradin, sowie Vertreter des australischen Hochkommissariats und der US-Botschaft.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Enthüllung einer Gedenktafel für die erste Sondermülldeponie im pazifischen Raum.
Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion mit Experten, die den strengen Prozess und die Einhaltung der Vorschriften erläuterten, die mit der Durchführung des Projekts nach den sogenannten „Weltklasse-Standards“ verbunden sind. Die Erteilung einer Umweltgenehmigung der Stufe 3 durch die *Conservation and Environment Protection Authority* (CEPA) stellt einen Meilenstein in der Einhaltung der strengen Umwelt- und Sozialstandards der TWM-Gruppe dar.

Info: Die neue Anlage markiert den Abschluss der ersten Stufe der umfassenden Abfallbewirtschaftungsstrategie von Papua-Neuguinea. Sie setzt neue Standards für den Umweltschutz in PNG und auf den pazifischen Inseln und bietet fortschrittliche Lösungen an für die Entsorgung gefährlicher Abfälle.
Die Umweltgenehmigung der Stufe 3 ist die erste, die einem Abfallentsorgungsunternehmen in PNG erteilt wurde. Sie umfasst mehr als 127 Auflagen, die einen maximalen Umweltschutz gewährleisten sollen.

Die Anlage, die in drei Stufen mit einer Kapazität von 13.000 m3 bis 130.000 m3 errichtet wird, entspricht den Normen der *US Environmental Protection Authority* (EPA), der AUS-EPA und den britischen Normen für die Entsorgung gefährlicher Abfälle. *(PNG Business News 22.07.24 https://twm.com.pg/)*

Rekordergebnis bei Ok Tedi

Der Bergbaukonzern *Ok Tedi Mining Limited* (OTML) vermeldet ein Rekordergebnis für das 1. Quartal 2024. Die Produktion von 26.114 metrischen Tonnen (dmt) Kupfer stellt einen Anstieg in Höhe von 61 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum dar (1. Quartal 2023: 16.265 dmt).
Anders als in der Vergangenheit wurden die guten Produktionsergebnisse dieses Mal laut eigener Angabe mit der vollständigen Erfüllung aller Umweltziele in der Mine, der Mühle und der Baggeranlage im Ort Bige erreicht.

OTML führt das gute erste Quartalsergebnis auf seine zu Beginn des Jahres eingeführte neue Strategie unter dem Motto „restore, reset, and reinvigorate“ zurück.
Damit verpflichtet sich das Unternehmen, seine ökologischen, rechtlichen und sozialen Verpflichtungen gegenüber den traditionellen Landeignern zu erfüllen.
Der Vorstand von OTML hatte kürzlich der Verlängerung der Lebensdauer der Mine bis 2050 zugestimmt. *(Pressemitteilung OTML April 2024)*

Mehr Engagement für Nachhaltigkeit

Die Europäische Union (EU) und Papua-Neuguinea (PNG) vertiefen ihr Engagement für ökologische Nachhaltigkeit mit dem von der EU finanzierten Programm für Forstwirtschaft, Klimawandel und Biodiversität (*Forestry, Climate Change, and Biodiversity Program,* EU-FCCB).

Diese im Oktober 2023 gestartete und mit 55 Millionen Euro ausgestattete Initiative zielt darauf ab, Waldbewirtschaftung, Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt in die Entwicklungsstrategie von PNG zu integrieren.

Auf einer Ende Juli abgehaltenen Sitzung des Programmlenkungsausschusses wurden gute Fortschritte festgestellt. Das Programm konzentriert sich auf nachhaltiges, inklusives und geschlechtergerechtes „grünes Wachstum“ (green growth) mit besonderem Schwerpunkt auf der Schaffung von Arbeitsplätzen.
Zu den wichtigsten Komponenten gehören:

- Befähigung der Gemeinden: Schulung lokaler Gemeinschaften in nachhaltiger Landwirtschaft, Nacherntebehandlung und Entwicklung von Existenzgrundlagen. Das Managalas-Schutzgebiet dient als Modell für diese

Bemühungen.

- Entwicklung von Strategien: Stärkung der Regierungskapazitäten in Bereichen wie Digitalisierung, Koordinierung und rechtliche Rahmenbedingungen zur Unterstützung einer effektiven Waldbewirtschaftung.
- Nationale Forstinventur: Ausweitung der Datenerfassung und -analyse zur Information über nachhaltige Waldbewirtschaftungspraktiken.
- Emissionsgutschriften: Unterstützung von PNG bei der Entwicklung von Strategien, um von den Kohlenstoffmärkten zu profitieren und gleichzeitig die Umweltintegrität zu gewährleisten.

EU-Botschafter Jacques Fradin hob die Bedeutung des Programms hervor und erklärte: *„Die EU investiert diese 55 Millionen Euro als Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss."*

Der PNG-Sekretär für nationale Planung und Überwachung, Koney Samuel, bedankte sich für die Unterstützung durch die EU und wies auf die Notwendigkeit hin, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang zu bringen.

Hintergrund: Das EU-FCCB-Programm steht im Einklang mit der „Vision 2050" von Papua-Neuguinea und dem Ziel, bis 2030 eine Wirtschaftskraft in Höhe von 200 Milliarden Kina zu erreichen. Durch die Kombination von finanziellen Ressourcen, technischem Fachwissen und lokalem Wissen soll das Programm einen nachhaltigen positiven Einfluss auf die Umwelt und die Menschen in PNG haben.
Das Programm wird gemeinsam von *Expertise France* (für die nationale Komponente), dem *Centre for International Forestry Research and World Agroforestry* und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen durchgeführt. *(Pressemitteilung EU, PNG Business News 05.08.24, https://www.eeas.europa.eu/delegations/papua-new-guinea/european-union-forestry-climate-change-and-biodiversity-eu-fccb_en?s=150)*

Bessere Anbindung an Indonesien

Der neuguineische Bergbaukonzern *Ok Tedi Mining Limited* (OTML) hat einen Straßenbauvertrag im Wert von 18,1 Millionen Kina für das *„Alice Pit to the Border Post Road Projekt"* im North Fly District in der Western Province unterzeichnet.
Die 14,55 km lange Straße wird durch das *Infrastructure Tax Credit Scheme* (ITCS) finanziert und dient als wichtige Verbindungsstraße zwischen den lokalen Gemeinden im North Fly District und dem Grenzposten zwischen PNG und Indonesien im Ort Yetetkun.

Der geschäftsführende Direktor von OTML, Kedi Ilimbit, sagte, dass dies eine von zwei strategisch geplanten Straßen sei, die zur Grenze nach Indonesien/ Provinz Westpapua führen.

„Es gibt einen Grund, warum wir die Straßen zur Grenze führen, und zwar wollen wir Waren und Dienstleistungen von jenseits der Grenze beziehen, anstatt dass unsere lokalen Gemeinden wochenlang auf die Lieferung von Dienstleistungen aus der Hauptstadt Port Moresby warten müssen", erklärte Ilimbit. Er fügte hinzu, dass OTML sich verpflichtet habe, die Einrichtung einer Grenzanlage in Yetekun zu unterstützen.

Bei der Unterzeichnung des Abkommens mit den Vertretenden von OTML waren der Gouverneur der Westprovinz, Taboi Awi Yoto, der Abgeordnete für North Fly, James Donald, der Abgeordnete für Middle Fly, Maso Hewabi, und der Provinzverwalter, Robert Kayun, anwesend. Sie sagten einstimmend, mit der neuen Straße würde *„ein Traum für alle Bewohner der Region wahr".*

Den Zuschlag für das Straßenbauprojekt erhalten hat die *China Railway Construction Engineering Group Co*. Sie veranschlagt 12 Monate Bauzeit für die Straße. *(https://oktedi.com/media-centre/latest-news/, PNG Business News 12.08.24)*

Zusammenarbeit zwischen Behörden

Die Zollbehörde von Papua-Neuguinea und das Nationale Handelsamt (*National Trading Office*, NTO) haben am 5. Juli im NTO-Hauptquartier in Port Moresby eine Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung von Daten zur Entwicklung von Strategien in den Bereichen Handel, Tourismus und Investitionen unterzeichnet.
David Towe, Chef des PNG-Zolls, und Richard Yakam, Chief Trade Officer der NTO, äußerten sich begeistert über die neue Zusammenarbeit.
Yakam wies darauf hin, dass die Datenknappheit in Papua-

Neuguinea eine große Herausforderung darstelle.
„Daten sind entscheidend für eine effektive Politikgestaltung und Entscheidungsfindung. Ohne eine umfassende Datenanalyse ist es schwierig, eine solide Politik zu entwickeln“, sagte er. Die erhaltenen Daten werden die NTO in die Lage versetzen, die Nachfrage- und Angebotsströme im Land besser zu verstehen und dadurch die Regierung besser beraten zu können, so Yakam.

David Towe erklärte, die Absichtserklärung stehe im Einklang mit dem neu eingeführten *PNG Customs Service Corporate Plan 2024-2028* und dem Modernisierungs- und Reformfahrplan. *(PNG Business News 15.07.24)*

Neuer chinesischer Botschafter

Premierminister James Marape hat am 6. August den neuen chinesischen Botschafter in Papua-Neuguinea, Yang Xiaoguang, am Regierungssitz in Port Moresby empfangen und dabei die *„großen Fortschritte"* kommentiert, die die beiden Länder in den letzten fünf Jahren in ihren bilateralen Beziehungen gemacht haben.

Botschafter Yang sagte, es sei ein *„Privileg und eine Ehre",* der neue Botschafter in Papua-Neuguinea zu sein. Er fügte hinzu, er wolle die bilateralen Beziehungen zwischen PNG und China während seiner Amtszeit weiter ausbauen. Beide Staaten unterhalten bereits seit 1976 diplomatische Beziehungen.

Der chinesische Botschafter äußerte sich mit klaren Worten: *„China betrachtet die Beziehungen zwischen PNG und China immer unter einem strategischen Gesichtspunkt.“*

Der Botschafter wies auf die derzeitige Arbeit Chinas bei der Entwicklung eines Währungsausgleichsmechanismus und die Eröffnung einer Zweigstelle der *Bank of China* in Port Moresby hin, die beide die chinesischen Investitionen in PNG erleichtern sollen. Premierminister Marape ergänzte, chinesische Investoren seien mehr als willkommen in Papua-Neuguinea. *(Pressemitteilung Büro des Premiers 07.08.24)*

BOUGAINVILLE

Regierungsgespräche zur Autonomie

Die Regierung von Papua-Neuguinea (PNG) und die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) sind zu einem erneuten Treffen der Gemeinsamen Kontrollinstanz (*Joint Supervisory Body*, JSB) zusammengekommen, um kritische Fragen im Zusammenhang mit der Ratifizierung und den Folgen des Bougainville-Referendums zu besprechen.

Premierminister James Marape und der Präsident der ABG, Ishmael Toroama, führten gemeinsam den Vorsitz der Sitzung, die am 8. Mai im APEC-Haus in Port Moresby stattfand.
Bei den Gesprächen unter Ausschluss der Öffentlichkeit ging es um die letzte Phase des Bougainville-Friedensabkommens von 2001, insbesondere um die Ratifizierung der Ergebnisse des Referendums durch das Parlament sowie um eine Reihe von langwierigen Problemen in Bezug auf Regierungsführung und Entwicklung.

Premierminister Marape betonte, wie wichtig es sei, die noch offenen Fragen wie die Wiederherstellungs- und Entwicklungshilfe (*Restoration and Development Grant*) und die gerechte Aufteilung der Fischereieinnahmen im Einklang mit dem Bougainville-Friedensabkommen und der nationalen Verfassung von PNG zu klären. Marape äußerte seine Bereitschaft, weiter mit ABG-Präsident Toroama zusammenarbeiten zu wollen: *„Abschließend möchte ich meinen Wunsch bekräftigen, mit Präsident Toroama so lange zusammenzuarbeiten, wie es nötig ist, um eine Einigung über die nächsten Schritte im Zusammenhang mit dem Referendum zu erzielen.“*

Bougainville-Präsident Toroama nahm bei dem Treffen kein Blatt vor den Mund und griff die Regierung von PNG hart an: *„Unser Volk erwartet Ihre volle Unterstützung und Ihr Engagement für seine Sache. Das Letzte, was wir hören wollen, ist, dass einige von Ihnen Intrigen spinnen und sich Optionen ausdenken, die unsere Sache untergraben; und das ist nicht gut für Ihre Glaubwürdigkeit in den Augen unseres Volkes."*
Er appellierte an die Parlamentarier, die Bedeutung des Unabhängigkeitsreferendums von Bougainville zu begreifen und die von den Vorgängerregierungen eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten.

Nach den hitzig geführten Debatten einigten sich beide Seiten auf die Einstellung eines neutralen Moderators, der sowohl die Regierung von Bougainville als auch die von Papua-Neuguinea in mehreren wichtigen Bereichen

unterstützen soll, u.a.

- Behandlung ungelöster Fragen im Zusammenhang mit der Sitzungsordnung und anderen Angelegenheiten, um die Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums 2019 dem nationalen Parlament vorzulegen.
- Beaufsichtigung der Erstellung des gemeinsamen Konsultationsberichts und Behandlung anderer gesetzlich vorgeschriebener Fragen gemäß § 342 (1).
- Unterstützung des Zweiparteienausschusses bei seinen Bemühungen, den Mitgliedern des 11. Nationalen Parlaments die Sachlage zu erläutern.

In ihrer gemeinsamen Abschlusserklärung des Treffens zeigten sich die beiden Staats- und Regierungschefs versöhnlicher. Sie bekräftigten ihr Bekenntnis zum Friedensabkommen von Bougainville und zur Wahrung des melanesischen Konsensgedankens, um einen friedlichen Verlauf der letzten Etappe des politischen Prozesses beider Regierungen zu gewährleisten. *(Protokoll des Treffens des JSB 13.05.24, PNG Business News 13.05.24)*

SALOMONEN

Verpflichtung zur Ein-China-Politik

Bei einem Treffen mit Chinas Präsident Xi Jinping und Premierminister Li Qiang in Peking im Juli bekräftigte der Premierminister der Salomonen, Jeremiah Manele, die Verpflichtung seiner Regierung, das so genannte „Ein-China-Prinzip“ aufrechtzuerhalten.

Manele erklärte, es gebe nur ein China und Taiwan sei ein integraler Bestandteil des chinesischen Territoriums. Der Premier wies alle Mitarbeitenden der Regierung in Behörden und Ministerien darauf hin, dass kein Beamter der Salomonen Taiwan besuchen dürfe. Auch sei es nicht gestattet, Kontakt zu Mitarbeitenden von Behörden in Taiwan aufzunehmen. Als offizielle Sprachregelung forderte der Premier alle Beamt*innen auf, zukünftig von „Taiwan/China“ zu sprechen.

Info: Die Salomonen gehören zu weltweit 183 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die Taiwan nicht als eigenen Staat anerkennen. Erst 2019 hatte die Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan beendet und sich China zugewandt.
(https://indepthsolomons.com.sb/pm-manele-directs-govt-officials-not-to-deal-with-invite-or-visit-taiwan/ 02.08.24)

Neue Partnerschaft zum Schutz der natürlichen Ressourcen

Die *Solomon Islands Rangers Association* (SIRA) hat ein Partnerschaftsabkommen mit dem *WWF-Solomon Islands* unterzeichnet, um gemeinsam lokale Gemeinden bei der besseren Bewirtschaftung ihrer natürlichen Ressourcen zu unterstützen.

Die Unterzeichnung erfolgte im Rahmen des von der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation USAID finanzierten Projekts „*OurFish OurFuture*“, in dessen Rahmen Anfang August an der *Solomon Islands National University* ein Workshop zur Vermarktung von Seegurken mit Vertretenden aus ganz Melanesien stattfand.

Dr. Mark Drew, Direktor des WWF-Pazifik, erklärte, dass dieses Abkommen einen koordinierten Ansatz für die Überwachung und Einhaltung der Vorschriften zur besseren Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen auf den Salomonen ermöglichen wird. Der *World Wildlife Fund* unterstützt die Salomonen bereits seit Jahren bei der nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Meeresressourcen. Erstmals hat die lokale Abteilung des WWF auf den Salomonen jetzt ein Abkommen mit der SIRA geschlossen.

Info: Die SIRA ist eine gemeinnützige Organisation. Sie wurde 2014 gegründet, um das Bewusstsein für kommunale Ranger auf den Salomonen zu schärfen und sie zu unterstützen.
SIRA war die erste Rangervereinigung Ozeaniens außerhalb Australiens. Im Jahr 2021 wurde sie als Vollmitglied in die *International Rangers Federation* aufgenommen.
Es handelt sich um eine mitgliederbasierte Organisation mit derzeit 150 Ranger-Mitgliedern. Viele der Ranger, die in den WWF-Fischereistandorten arbeiten, sind bereits Mitglieder von SIRA.

Die Hauptaufgabe von SIRA besteht in der Unterstützung lokaler Dorf-Ranger, Aufseher, Beobachter und Vermittler, die von gemeinschaftsbasierten Organisationen engagiert werden, um ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu verbessern und tragfähige Netzwerke untereinander und

mit anderen nationalen, regionalen und internationalen Ranger-Organisationen, Institutionen und Geberorganisationen zu unterhalten. *(In-Depth Solomons 07.08.24, Environment Media Solomon Islands online)*

Chinesische Unterstützung

Die Volksrepublik China wird die Regierung der Salomonen mit mehr als SBD 170 Millionen Dollar an Budgethilfe unterstützen.

Dies kündigte Präsident Xi Jinping Mitte Juli während der bilateralen Gespräche mit dem salomonischen Premierminister Jeremiah Manele in der Großen Halle des Volkes in Peking (China) an.
Außerdem wurden während des Staatsbesuches von Manele in China zwischen der chinesischen Provinz Fujian und der Westprovinz der Salomonen partnerschaftliche Beziehungen im Bereich der Haushaltshilfe geknüpft. Zusätzlich wurde eine Absichtserklärung zwischen den Provinzen Shandong und Isabel (Salomonen) besiegelt.

Die chinesische Land- und Forstwirtschaftsuniversität Fujian stellt jährlich fünf Stipendien für Studierende der Salomonen zur Verfügung, die ein Master- oder Promotionsstudium absolvieren möchten. Die Provinz Shandong bietet ebenfalls zwei Stipendien pro Jahr für Studierende der Provinz Isabel an.

Während des Staatsbesuchs in China wurde Premierminister Manele auch über den geplanten Aufbau eines Ozeanforschungszentrums informiert, das von der Nationalen Universität der Salomonen und der Chinesischen Ozeanuniversität gemeinsam betrieben werden soll.

Zwischen der Regierung der Salomonen und der VR China wurde eine Reihe von Protokollen unterzeichnet. Eines dieser Protokolle unterstreicht die Nichteinhaltung der gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften für die folgenden Waren: Noni-Saft, verarbeiteter Kakao und Kaffee, gesägtes oder furniertes Holz und Baumstämme.

Zu den weiteren unterzeichneten Protokollen gehören das Protokoll für die Ausfuhr von ungerösteten Bohnen und Kakaobohnen, das Protokoll über Inspektions-, Quarantäne- und Hygienevorschriften für wild lebende aquatische Erzeugnisse und das Protokoll über Inspektions-, Quarantäne- und Hygienevorschriften für gezüchtete aquatische Erzeugnisse.

China erklärte sich außerdem bereit, den internationalen Flughafen in Henderson (Salomonen) auszubauen. Weitere potenzielle Bereiche der Zusammenarbeit sind die Bereiche Landwirtschaft und erneuerbare Energien. *(Sunday Isles 16.07.24)*

Hohe Rate an Kinderarbeit

Eine kürzlich durchgeführte UNICEF-Schnellbewertung („*rapid assessment*“) der Situation von Kindern, die in Honiara (Salomonen) auf der Straße leben und betteln, hat besorgniserregende Einblicke in die Nöte von Kindern in der Großstadt gegeben. Im Rahmen der Erhebung, die ursprünglich 150 Kinder befragen sollte, wurden innerhalb von sieben Tagen 170 Kinder befragt.

An der Untersuchung nahmen 115 Jungen und 55 Mädchen unter 18 Jahren teil. Die Ergebnisse enthüllten einen starken Kontrast in Bezug auf das Bildungsengagement. Drei Kinder besuchten den Kindergarten, 76 die Grundschule, 47 die weiterführende Schule, zwei nahmen an Alphabetisierungsprogrammen teil und 42 hatten entweder ihre Ausbildung abgebrochen oder hatten überhaupt keinen Zugang zur Schule.
Von den 170 befragten Kindern waren 60 im informellen Sektor tätig. Darunter waren 38 Jungen und 22 Mädchen, wobei der jüngste Arbeiter gerade einmal sechs Jahre alt war.
Die Untersuchung „Situation of Children Working and Living on the Streets in Solomon Islands“ deckte auch alarmierende Fälle von Kinderausbeutung auf: Fünf Mädchen waren in kommerzielle sexuelle Ausbeutung verwickelt. Drei Jungen waren in die schlimmsten Formen der Kinderarbeit verwickelt. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass 95 Kinder auf der Straße leben, davon haben 15 keine Möglichkeit, bei Freunden oder Familienmitgliedern zu übernachten. Die Umfrage ergab auch, dass viele Kinder gefährliche Arbeiten verrichteten. Dazu gehörten Tätigkeiten wie das Be- und Entladen von Fracht, Bauarbeiten, und mechanische Arbeiten.

Das Fehlen einer offiziellen Liste gefährlicher Kinderarbeit auf den Salomonen erschwert die Identifizierung gefährlicher Arbeit, wobei sich die Maßstäbe auf das Alter, die Art der Arbeit und die

Dauer konzentrieren.

Die UNICEF-Studie hob mehrere Schlüsselfaktoren hervor, die zu Kinderarbeit beitragen, darunter Vernachlässigung und Missbrauch zu Hause, finanzielle Belastung, die Kinder zur Arbeit zwingt, Druck durch Gleichaltrige und Langeweile, die jüngere Kinder auf die Straße treibt, sowie die Trennung von der Familie oder sozioökonomische Herausforderungen, die ältere Kinder beeinflussen.

Hier geht es zur Studie: https://lmy.de/LpfcO
(Tavuli News 02.08.24)

Stiftung für psychische Gesundheit gegründet

Im August hat sich die *„Solomon Islands Mental Health Foundation“* an der Universität der Salomonen gegründet. 20 Interessierte waren der Einladung von Dr. Transform Aqorau gefolgt. Er ist Vize-Präsident der *Solomon Islands National University*. Der promovierte Mediziner erklärte bei der Gründungsveranstaltung, psychisch erkrankte Menschen gehörten zu den marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft der Salomonen. Sie würden nahezu von allen Aktivitäten ausgestoßen und in ihren Interessen und Bedürfnissen nicht wahrgenommen. Durch seine sechsjährige Tätigkeit in der Psychiatrie in Kilufi und seine Tätigkeit als Gefängnisseelsorger habe er gemerkt, dass auch Familienangehörige von psychisch erkrankten Menschen Hilfe und Unterstützung benötigten. Diese wolle die neue Stiftung künftig leisten. *(SI Governmemt Pressemeldung 27.07.23, Marshall Islands Journal 16.08.24)*

Einweihung des erweiterten Marktes

Mitte Juli ist der Erweiterungsbau des Zentralmarktes (Central Market) in der Hauptstadt Honiara feierlich eingeweiht worden. Die offene Markthalle wurde um einen überdachten Bereich erweitert. Es gibt ab sofort Platz für 100 Verkaufsstände.
Das 10-Millionen-Dollar-Projekt wurde vom australischen Hochkommissar auf den Salomonen, Rod Hilton, an den stellvertretenden Bürgermeister von Honiara, Clement Terewauri, übergeben, der einen Rundgang durch den Erweiterungsbau unter Führung des lokalen Bauunternehmens *Tropic Group Builders* und des lokalen Architekten Kramer Ausenco unternahm.

Im Erweiterungsbau wurde auf langlebige Materialien Wert gelegt. So bestehen die Verkaufsstände aus poliertem Beton. Neue Toilettenanlagen und breitere Gassen ergänzen die Renovierungsarbeiten, die im Rahmen der Partnerschaft mit Australien komplett von Australien bezahlt wurden. *„Der erweiterte Markt ist ein qualitativ hochwertiger und leicht zu wartender Ort für die Stadtverwaltung von Honiara und die Hunderte von Menschen, die durch den Marktverkauf die Ausbildung ihrer Familien und andere Ausgaben finanzieren“,* zeigte sich Terewauri begeistert vom Zentralmarkt.
Hochkommissar Hilton lobte auch den regionalen Bezug des Bauprojektes. So hätten 49 Arbeiter aus Honiara an dem Erweiterungsbau mitgewirkt.

Marktverkäuferinnen bedankten sich bei der Baufirma für die gelungene Überdachung ihrer Stände. Sie könnten jetzt geschützt vor Regen und Sturm ganztags auf dem Markt ihre Waren verkaufen, hieß es.

Hintergrund: Die Infrastrukturpartnerschaft zwischen den Salomonen und Australien unterstützt den Bau neuer Märkte oder deren Renovierung in sechs Provinzen, darunter Central, Guadalcanal, Isabel, Makira, Malaita und Western Province, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Salomon-Insulaner im ganzen Land zu fördern. *(SIBC 10.07.24)*

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin]

Neues Forschungszentrum für Klimawandel eröffnet

An der Universität des Südpazifiks (*University of the South Pacific*, USP) in Suva (Fidschi) wurde am 5. August ein neues Forschungszentrum zum Klimawandel eingerichtet.
Der Vizekanzler und Präsident der Universität, Professor Pal Ahluwalia, sagte, der Klimawandel sei die größte Herausforderung unserer Zeit und das neue Zentrum für nachhaltige Zukunft werde die zentrale Rolle der USP als traditionelle pazifische Universität stärken.

Die USP ist die wichtigste Hochschuleinrichtung der Region und befindet sich im gemeinsamen Besitz von 12 pazifischen Inselstaaten.
Das neue Zentrum erhielt eine Anschubfinanzierung von der *Aotearoa New Zealand Interna-*

tional Climate Finance Strategy. *(Artikel von Julia Ratzmann. Pressemitteilung USP, 06.08.24)*

Oppositionspartei FijiFirst von Ex-Premier Bainimarama aufgelöst

Die Partei *FijiFirst* des früheren fidschianischen Premierministers Voreqe Bainimarama ist Anfang Juli von der Wahlbehörde des Landes aufgelöst worden. Damit existiert im fidschianischen Parlament keine Oppositionspartei mehr. Bereits Mitte Juni hatten sich zahlreiche Vertreter der Partei von ihren Partei-Ämtern zurückgezogen, darunter der zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte ehemalige Premierminister Bainimarama und sein langjähriger Vize Aiyaz Saiyed-Khaiyum. Ihre Parlamentssitze hatten Bainimarama, Saiyed-Khaiyum und andere hochrangige Vertreter der Partei schon zuvor unter anderem wegen der Gerichtsverfahren gegen sie verloren oder aufgeben müssen (siehe frühere Ausgaben der *Pazifik aktuell*). Ende Mai hatte die bereits geschwächte Partei, die damals aber noch die größte Fraktion im fidschianischen Parlament bildete, mehr als die Hälfte ihrer Abgeordneten aus der Fraktion geworfen, nachdem diese für ein umstrittenes Gesetz zur Erhöhung der Abgeordnetendiäten gestimmt hatten (siehe letzte Ausgabe der *Pazifik aktuell*).

Wie die Leiterin der für die Registrierung von Parteien zuständigen Behörde, Ana Mataiciwa, mitteilte, sei die Partei aufgrund von Verstößen gegen das Parteigesetz „*deregistriert*“ worden und habe dadurch die Erlaubnis verloren, als politische Partei zu agieren. Demnach sei die Partei bereits Ende Mai aufgefordert worden, ihre Parteistatuten zu ändern, damit diese weiter in Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben sind. Konkret soll es darum gegangen sein, dass die Partei anders als vom Parteiengesetz gefordert keine funktionierenden Regelungen zur parteiinternen Konfliktschlichtung besessen habe, um den Streit über die Zustimmung zur Diätenerhöhung und den Fraktionsausschluss zu lösen. Eine Frist bis zum 28. Juni habe die Partei jedoch verstreichen lassen ohne tätig zu werden, sodass die Behörde anschließend die Auflösung der Partei verfügte.

Der Zeitpunkt des eher formalistisch-bürokratischen Vorgehens gegen die Partei inmitten einer großen Krise von *FijiFirst* legt zumindest den Verdacht nahe, dass es sich um ein politisch motiviertes Vorgehen handeln könnte, dass die Oppositionspartei bewusst zu einem Zeitpunkt der Spaltung und daraus resultierenden Handlungsunfähigkeit treffen sollte. Dieses Vorgehen erinnert durchaus an frühere Versuche der bis Ende 2022 amtierenden *FijiFirs*t-Regierung, in ähnlicher Weise andere Parteien, vor allem die frühere größte Oppositionspartei SODELPA, die nun als Juniorpartner an der Regierung beteiligt ist, zu schwächen. Vor allem vom überraschenden und fast schon fluchtartigen Rückzug der gesamten Parteispitze aus ihren Ämtern haben sich viele Expertinnen und Experten wie Vijay Naidu von der University of the South Pacific „geschockt“ gezeigt, diesen teilweise auch als „völlig unlogisch“ bezeichnet. Zunehmend gibt es aber Gerüchte darüber, dass es komplexere Ursachen für die Rücktritte, die Untätigkeit der Partei zur Anpassung ihrer Parteistatuten und die folgende Auflösung gibt. So weisen investigative Recherchen der Nachrichtenseite *Fiji Village* darauf hin, dass die Partei *FijiFirst* stark verschuldet war und sich unter Führungspersönlichkeiten zunehmend die Sorge verbreitet hat, persönlich für die Schulden haften zu müssen – weshalb sich schließlich niemand mehr gefunden habe, der sich bereit erklärt hat, die Partei vor dem Untergang zu retten. Auch der frühere Politiker Mick Beddoes ist überzeugt, dass derzeit nur ein Teil der Wahrheit bekannt ist und glaubt, dass es ziemlich einfach für die Partei gewesen wäre, die Vorgaben der Parteibehörde umzusetzen – wenn sie denn gewollt hätte.

Mittlerweile zeichnet sich ab, dass sowohl die bereits im Mai aus der Fraktion ausgeschlossenen Abgeordneten als auch die verbliebenen Abgeordneten der nun vollständig aufgelösten *FijiFirst*-Fraktion offenbar als unabhängige fraktionslose Abgeordnete im Parlament verbleiben sollen. Das ist nicht unbedingt selbstverständlich, da die Wahl in Fidschi nicht primär personengebunden erfolgt, sondern an der Partei hängt. Laut den geltenden Regeln hätten zumindest die 17 bereits im Mai ausgeschlossenen Abgeordneten ihr Mandat verlieren können und ihre Partei die Möglichkeit gehabt, neue Vertreterinnen und Vertreter nachzunominieren. 9 von den ursprünglich 26 *FijiFirst*-Abgeordneten haben sich mittlerweile hinter den amtierenden Premierminister Sitiveni Rabuka gestellt. Die-

ser hat die Unterstützung begrüßt und mit Blick auf den Verbleib insbesondere dieser Abtgeordneter im Parlament sogar eine mögliche Verfassungsänderung in Aussicht gestellt. Zumindest vorerst sollen die Abgeordneten, die nun die Seite gewechselt haben, aber als unabhängige Abgeordnete im Parlament bleiben und nicht in eine der drei an der Regierung beteiligten Fraktionen aufgenommen werden.

Politische Beobachter*innen wie der Direktor der fidschianischen Nichtregierungsorganisation *Dialogue Fiji* Nilesh Lal oder der Politikwissenschaftler Steven Ratuva gehen davon aus, dass der Zusammenbruch von *FijiFirst* zu einer sehr komplexen neuen politischen Lage in Fidschi führen könnte, die nicht nur die Oppositionsarbeit schwächt. Sie glauben, dass die Veränderung in der politischen Landschaft vor allem auch die zwei kleineren Regierungspartner SODELPA und *National Federation Party* (NFP) innerhalb der Regierung schwächen könnte, da sie sehr an einer starken und geeinten Opposition interessiert waren, um ihre Bedeutung für die Regierungsmehrheit zu unterstreichen. Nun könnte es themenabhängig häufiger auch zu anderen, wechselnden Bündnissen kommen. Ratuva bringt aber auch die Idee einer Regierung der nationalen Einheit ins Gespräch, bei der die bisherige Opposition als gleichberechtigter Teil in die Regierung aufgenommen werden könnte. Gerade angesichts der jahrelangen Feindschaft zwischen den Blöcken war dies lange schwer vorstellbar, könnte aber gerade jetzt nach dem Rückzug der Parteigranden von *FijiFirst* eine gangbare und möglicherweise sogar strategisch kluge Option selbst für Premierminister Rabuka sein. *(Radio New Zealand 20.06.24, 11.06.24, 12.06.24, 28.06.24, 02.07.24, 09.07.24, Fiji Village 08.07.24, Webseite des fidschianischen Parlaments)*

Fidschianisches Patrouillenboot läuft bei Jungfernfahrt auf Grund

Nur einen Monat nach der Bereitstellung durch die australische Regierung ist das vom fidschianischen Militär in Dienst genommene Patrouillenschiff *RFNS Puamau* während seines Jungferneinsatzes im Fulaga-Riff bei Lau auf Grund gelaufen. Die gesamte Crew des Schiffs konnte gerettet werden, das Schiff wurde bei dem Einsatz jedoch stark beschädigt.
Joeli Cawaki, der Leiter der für maritime Sicherheit zuständigen Behörde in Fidschi, teilte mit, dass das australische Militär an dem Rettungseinsatz für die Crew beteiligt war und offenbar auch die Kosten für die Bergung des Schiffes übernehme. Vor allem in den sozialen Medien sorgte der Unfall des Schiffs, vor allem so kurz nach seiner Inbetriebnahme, für viel Spott.

Die *RFNS Puamau,* ein etwa 40 Meter langes Patrouillenboot der sogenannten Guardian-Klasse, das für bis zu 23 Crewmitglieder ausgelegt ist, war Fidschi im Rahmen des sogenannten *Pacific Maritime Security Program* (PMSP) als Geschenk von der australischen Regierung überlassen worden. Australien unterstützt benachbarte pazifische Inselstaaten schon seit mehreren Jahrzehnten zumeist mit ausgemusterten Patrouillenbooten bei der Überwachung ihrer großen Meeresgebiete. Anders als viele früher bereitgestellte Boote handelt es sich bei der *RFNS Puamau* um einen Neubau und war das Boot nicht zuvor bereits im Einsatz der australischen Marine. Der Unfall löst auch deshalb Diskussionen aus, weil es nicht der erste Verlust von Australien bereitgestellter Patrouillenboote in den letzten Jahren ist: Im Jahr 2021 lief ein ebenfalls noch sehr neues Patrouillenboot im Dienst von Samoa auf Grund und musste vollständig ersetzt werden, da eine Reparatur der Schäden nicht ökonomisch gewesen wäre. Im Jahr 2023 wurden zwei Boote durch einen Zyklon stark beschädigt – während ein Vanuatu überlassenes Boot noch repariert werden konnte, hat Australien Tuvalu ein weiteres Ersatzboot versprochen. Wie es mit der *RFNS Puamau* weitergeht, ist noch nicht bekannt. Eine Untersuchung des fidschianischen Militärs hat bereits ergeben, dass es an Bord eklatante Mängel in den Standards und Verfahren gegeben habe, die weiter aufgearbeitet werden sollen. *(Radio New Zealand 11.06.24, 18.06.24, Wikipedia)*

Drogen-Krise: Ministerin fordert Wiedereinführung der Todesstrafe

Der Konsum von illegalen Drogen ist in Fidschi weiter auf dem Vormarsch und hat in den letzten Wochen wiederholt den politischen Diskurs in dem Land bestimmt. Dazu beigetragen haben unter anderem Videos, die in den sozialen Medien viral gegangen sind, in denen eine junge Frau zu sehen ist, die nackt um Drogen bettelt. Besonders im Fokus des Drogenkonsums in Fidschi steht die Droge Meth, die vor Ort euphemistisch oft auch als „Ice“

bezeichnet wird. Aufsehen erregt haben insbesondere auch Berichte über sogenanntes „Blasting“ bzw. „Bluetoothing“, eine als besonders gefährlich geltende Praxis, bei der einer Person, die unter Drogeneinfluss steht, Blut entnommen wird, das dann wiederum einer weiteren Person gespritzt wird, um diese an dem Rausch „teilhaben“ zu lassen. Berichten zur Folge nimmt die Abhängigkeit von Drogen aber auch in ganz anderen Formen zu, und zeigt sich etwa daran, dass immer mehr vor allem junge Menschen in der Hauptstadt Suva Fläschchen mit Klebstoff oder anderen Substanzen bei sich führen – und durch das ständige Riechen an diesen Substanzen immer stärker in Abhängigkeit und schließlich auch an härtere Drogen gelangten.

Aus Sicht vieler Menschen in Fidschi ist der Rückgang des familiären Zusammenhalts insbesondere in den Städten eine zentrale Ursache für den Drogenkonsum. Die öffentlichen Diskussionen haben Premierminister Sitiveni Rabuka dazu veranlasst, in einer Videoansprache an das Volk vor den Gefahren von Drogenkonsum zu warnen.

Angesichts der Zunahme von Drogen in Fidschi hat die fidschianische Ministerin für Frauen und Kinder, Lynda Tabuya, nun sogar die Wiedereinführung der Todesstrafe ins Gespräch gebracht. Sie sagte, dass sie glaube, dass die Todesstrafe für den Schmuggel und den Handel mit Drogen einen Beitrag dazu leisten könne, die fidschianischen Gemeinschaften besser vor Drogen zu schützen. Da Fidschi in zunehmendem Maße als Umschlagplatz für Drogen missbraucht werde, brauche es die Todesstrafe als Abschreckung vor allem auch gegen ausländische Schmuggler. Die Todesstrafe wurde im Jahr 1979 in Fidschi abgeschafft. Sowohl andere Kabinettsmitglieder als auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft widersprachen Tabuyas Vorschlag allerdings umgehend.

Innenminister Pio Tikoduadua, in dessen Arbeitsbereich die Bekämpfung von Drogen fällt, unterstrich die Notwendigkeit eines härteren Vorgehens gegen Drogenschmuggel und -konsum, forderte gleichzeitig aber humanere Wege als die Todesstrafe. Diese sei derzeit nicht Teil der Strategie der fidschianischen Regierung. Er verwies auch darauf, dass die Bekämpfung der Armut Hand in Hand mit der Bekämpfung des Drogenkonsums gehe, da zwischen beiden ein untrennbarer Zusammenhang bestehe. Auch Pravesh Sharma, die Vorsitzende der *Fiji Human Rights and Anti-Discrimination Commission* (FHRADC), wies die Idee von Ministerin Tabuya zurück. Die Todesstrafe sei nicht die Lösung für das Drogenproblem, sondern eine grundlegende Verletzung der Menschenrechte. Stattdessen sollte die Regierung einerseits auf bessere Grenzkontrollen setzen, andererseits aber auch mehr Unterstützung für Drogenabhängige anbieten, etwa Maßnahmen zur Rehabilitierung.

Tatsächlich gilt Fidschi als ein wichtiger Umtauschplatz für Drogen, die von Amerika über das Meer nach Australien geschmuggelt werden. Dazu bei trägt aus Sicht von Expert*innen einerseits, dass die großen Meereszonen von Fidschi und seinen pazifischen Nachbarstaaten nur schwer kontrollierbar sind, und andererseits, dass andere klassische Schmuggelrouten in Südostasien aufgrund der dort schon seit längerem sehr harten Strafen – darunter oft auch die Todesstrafe – an Attraktivität verloren haben. *(Radio New Zealand 01.08.24, 20.08.24, 22.08.24, 23.08.24)*

Anti-Korruptionskommission ermittelt gegen seine eigene neue Leiterin

Barbara Malimali ist die neue Leiterin der *Fiji Independent Commission Against Corruption* (FICAC). Ihre Ernennung wurde Anfang September bekannt gegeben, obwohl gegen sie selbst eine aktuelle Untersuchung der FICAC wegen möglichem Amtsmissbrauch in ihrer Funktion als Mitglied der Wahlkommission des Landes läuft, wie Medien wenig später berichteten. Anstatt ihre Amtsgeschäfte aufzunehmen, wurde Malimali an ihrem ersten Arbeitstag am 4. September 2024 gar von ihren neuen Kolleginnen und Kollegen verhört. Angeordnet hat das Verhör die bis dahin amtierende geschäftsführende Leiterin der Kommission, Francis Puleiwai, die nach Dienstantritt von Malimali eigentlich die stellvertretende Leitung der Kommission übernehmen sollte. Vorgeworfen werden Malimali nicht näher ausgeführte Verstöße gegen ihre Amtsführung als Mitglied der Wahlkommission. Mehrere Oppositionspolitiker, darunter der Abgeordnete Premila Kumar und der frühere Premierminister Mahendhra Chudhry, zeigten sich empört darüber, dass ausgerechnet eine Person, gegen die Korruptionsvorwürfe im Raum stehen, die Leitung der Kommis-

sion übernehmen soll. Sie forderten Premierminister Sitiveni Rabuka auf, zu intervenieren und die Ernennung von Malimali zu verhindern. Die Regierung wies zunächst jedoch darauf hin, dass die Ernennung durch ein unabhängiges Gremium erfolge, auf welches die Regierung keinen Einfluss ausüben wolle. Später stellte sich die Regierung demonstrativ hinter Malimali.

Mittlerweile richtet sich die Kritik auch zunehmend gegen Francis Puleiwai. Einen Tag nach dem Verhör ihrer neuen Chefin musste sie ihren Rücktritt einreichen. Unter anderem wurde mittlerweile bestätigt, dass Puleiwai sich selbst erfolglos um die Leitung der Kommission beworben habe. Auch haben die vier anderen Mitglieder der Wahlkommission sich zu Wort geäußert und mitgeteilt, dass Malimali sich aus ihrer Sicht nichts habe zuschulden kommen lassen. Wie es mit den Untersuchungen gegen Malimali weitergeht, ist unklar. Spekulationen gab es auch dazu, ob sie ihre Rolle in der Wahlkommission aufgebe oder beide Funktionen gleichzeitig ausfüllen wolle, da sie sich von dem anderen Posten offiziell nicht zurückgezogen hat. Die FICAC-Kommission, die in Fidschi oft auch als „*corruption watchdog*“ bezeichnet wird, ermittelt derzeit unter anderem auch gegen mehrere Regierungsmitglieder.
(Radio New Zealand 04.09.24, 05.09.24, 06.09.24, ABC News 06.09.24)

Regierungschef Rabuka zu 10-Tages-Besuch in China

Fidschis Regierungschef Sitiveni Rabuka hat im Rahmen einer 10-tägigen China-Reise im August unter anderem Chinas Staatschef Xi Jinping und Premier Li Qiang getroffen. Dabei unterstrich er die enge Verbundenheit Fidschis mit der Volksrepublik China und Fidschis Unterstützung für die Ein-China-Politik, also der Absage jeglicher Zusammenarbeit mit Taiwan. Nach seinem Amtsantritt im Dezember 2022 hatte es lange Spekulationen darüber gegeben, dass Rabuka und seine Regierung eine kritischere Haltung gegenüber China einnehmen könnten als die vorherige Regierung, da Rabuka sich im Wahlkampf mehrfach kritisch über die Abhängigkeit seines Landes von China geäußert hatte. Mittlerweile ist aber klar, dass China auch für die Rabuka-Regierung weiter ein wichtiger Partner ist.

Es ist Rabukas erster Besuch in China als derzeitiger Premierminister. Im Juli 2023 musste er eine Reise kurzfristig absagen, weil er sich beim Sturz von einer Treppe verletzt hatte und Ärzte von der Reise abgeraten hatten. Fidschi hat unter der Regentschaft von Rabukas Vorgänger Voreqe Bainimarama als eines der ersten Länder im Pazifik eine teils sehr enge und teils auch militärische Zusammenarbeit mit China aufgebaut, vor allem in Reaktion auf Sanktionen aus Australien und Neuseeland und die vorübergehende Suspendierung aus der Regionalorganisation *Pacific Islands Forum*, die sich vor allem ab 2009 gegen die anhaltende Militärregierung in dem Land richteten. Gegen Ende seiner Amtszeit im Jahr 2022 hatte Bainimarama sein Land aber wieder zurück in eine enge Partnerschaft mit Neuseeland und vor allem Australien geführt, weshalb die weiterhin engen Verbindungen zu China vergleichsweise wieder etwas an Bedeutung verloren haben.
(Radio New Zealand 23.08.24, The Guardian 16.07.23)

VANUATU

80 Prozent der Kinder von Gewalt betroffen

Ende Juli hat die Kinderschutzorganisation „*Save the Children Vanuatu*“ eine aktuelle Studie vorgestellt. Demnach erleben über 80 % aller Kinder häusliche Gewalt durch eine Bezugsperson im eigenen Haushalt. Gewalt gegen Kinder geht eng einher mit häuslicher Gewalt gegen Frauen, wie die Studie mit dem Titel „*Child Protection and Children's exposure to violence*“ ermittelte.

Die Studienergebnisse zeigen die besorgniserregenden kurz- und mittelfristigen Auswirkungen von Gewalt auf das Wohlergehen von Kindern in Vanuatu und verweisen auf schwerwiegende psychoemotionale Reaktionen wie Scham, Stress, Wut, Angst, Trauer und in extremen Fällen auch auf schwere Verletzungen und Suizid.
Annie Nicols, Leiterin der Abteilung Kinderschutz bei *Save the Children Vanuatu*, betonte, dass Kinder das Recht haben, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die ihr Wohlergehen betreffen. Deshalb habe man für die Studie auch Kinder direkt nach ihren Erfahrungen im häuslichen Umfeld befragt.

Die Kinder in Vanuatu seien verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt, darunter körperliche Gewalt, häusliche Gewalt, Zeugen häuslicher Gewalt, sexuelle Gewalt, Mobbing, Beschimpfun-

gen, psychische Bedrohungen, Vernachlässigung und Kinderarbeit.

Bei ihrer Befragung äußerten die Kinder ihren Wunsch nach einer deutlichen Veränderung des Erziehungsstils. Sie möchten in einer friedlichen Gesellschaft aufwachsen, die durch positive und schützende Verhaltensweisen von Bezugspersonen und Vorbildern gekennzeichnet ist.

Die Studie soll der Regierung dabei helfen, die Interessen der Kinder wahrzunehmen und in ihrer politischen Strategie zu verfolgen. Dazu gehört auch die Verabschiedung des Kinderschutzgesetzes und die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans für Prävention und Reaktion, einschließlich der Einrichtung eines Regierungsmechanismus für den Kinderschutz.
Die Studie soll zudem einen Beitrag dazu leisten, das Wissen um Gewalterfahrungen von Frauen und Kindern in Familie zu erweitern, um dadurch gute Gewalt-Vermeidungsstrategien entwickeln zu können.
(Vanuatu Daily Post 27.07.24, https://www.savethechildren.org.nz/)

Forderung an den Strafgerichtshof

Der Ständige Vertreter Vanuatus bei den Vereinten Nationen, Odo Tevi, hat den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) aufgefordert, den Ökozid („*ecocide*“) als fünftes internationales Verbrechen in das sogenannte „Römische Statut“ aufzunehmen. Das Statut ist die vertragliche Grundlage des IStGH mit Sitz in Den Haag.

Tevi reagierte mit seiner Forderung auf die Pläne des Chefanklägers des IStGH, Karim Khan, im Laufe des Jahres ein Grundsatzpapier zu veröffentlichen, in dem er darlegt, wie das Römische Statut Umweltverbrechen behandeln könnte, ohne dass Ökozid ausdrücklich als Verbrechen definiert wird.

Tevi wies auf die Grenzen des derzeitigen Römischen Statuts hin, das sich in erster Linie auf Verbrechen gegen Menschen konzentriert und Umweltschäden nur in Kriegszeiten behandelt.

„Die rücksichtslose Zerstörung der Natur kann jederzeit stattfinden, nicht nur während eines Konflikts", erklärte Tevi. *„Wenn wir einen lebenswerten Planeten bewohnen und erben wollen, müssen wir jetzt handeln. Wir müssen die schreckliche Bedrohung und die schrecklichen Folgen schwerer Umweltzerstörung erkennen, wo und wann immer sie auftritt",* sagte er in seiner Erklärung vor den Vereinten Nationen.

In seiner Rede über die Notwendigkeit eines Gesetzes zum Ökozid betonte Tevi die Notwendigkeit, die Täter von Umweltverbrechen nach internationalem Recht zur Rechenschaft ziehen zu können.
Tevi wies auf die Anfälligkeit Vanuatus für Klimawandelfolgen hin und betonte die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit.
„Wir stehen vor einer ungewissen Zukunft für unser Volk und sind unermüdlich damit beschäftigt, alle Möglichkeiten des internationalen Rechts auszuloten, die unserem Land und vielen anderen helfen können", sagte er.
Die Verabschiedung eines Ökozid-Gesetzes könne ein wesentlicher Bestandteil dieser Bemühungen werden, so Tevi.

Hintergrund: Der Präsident von Vanuatu, Nikenike Vurobaravu, unterstützt die Forderung nach einem Ökozid-Gesetz. So zitierte er sogar die rechtliche Definition von Ökozid vor der UN-Generalversammlung im Jahr 2022.
Bereits am 3. Dezember 2019 hatte der damalige Botschafter von Vanuatu, John Licht, auf der jährlichen Versammlung der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag eine Erklärung abgegeben: Die Versammlung solle ernsthaft in Erwägung ziehen, den Zuständigkeitsbereich des Gerichthofs um das Verbrechen des Ökozids zu erweitern.
(Pacific News Service 31.07.24, https://www.stopecocide.earth/)

Unterstützung durch ADB-Klimaentwicklungsfonds

Zur Stärkung der Klimaresilienz hat sich die Regierung von Vanuatu einen Zuschuss in Höhe von 5 Mio. US-Dollar (ca. 597 Mio. VT) aus dem Klimaentwicklungsfonds der *Asiatischen Entwicklungsbank* (ADB) gesichert, um ihre Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Eindämmung der Klimawandelfolgen zu unterstützen.
Die Unterzeichnungszeremonie fand am 23. Juli 2024 im Länderbüro der ADB in Port Vila statt. Zu den wichtigsten Vertretern gehörten Vanuatus Finanzminister und ADB-Gouverneur John Salong sowie Leah Gutierrez, Generaldirektorin für den Pazifik bei

der ADB. Die Veranstaltung unterstrich die gemeinsamen Bemühungen Vanuatus und seiner internationalen Partner, die Klimaresilienz des melanesischen Staates zu stärken.

Der 5-Millionen-Dollar schwere finanzielle Zuschuss ist Teil eines umfassenderen Pakets zur Finanzierung von Katastrophen in Höhe von 41 Millionen US-Dollar, das von der ADB für die Pazifikregion genehmigt wurde.
Dieses Paket umfasst eine Mischung aus Darlehen und Zuschüssen zur Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten auf den Cook-Inseln, den Marshall-Inseln, den Föderierten Staaten von Mikronesien, Tuvalu und Vanuatu.

Info: Der *Climate Development Fund* (CDF) der ADB wurde eingerichtet, um gefährdeten Ländern finanzielle Unterstützung zu gewähren. Er zielt darauf ab, Projekte zu unterstützen, die die Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel erhöhen, Treibhausgasemissionen reduzieren und eine nachhaltige Entwicklung fördern. *(Vanuatu Daily Post 31.07.24https://www.adb.org/where-we-work/vanuatu/overview)*

Plastikverbot zeitigt großen Erfolg

Vanuatus Verbot von Einwegplastik, einschließlich Tüten und Strohhalmen, hat seit seiner Einführung im Jahr 2018 zu erheblichen Verbesserungen geführt. Der britische „Guardian“ berichtet, dass Einkaufstüten aus Plastik nur noch selten zu sehen sind und die meisten Käufer*innen wiederverwendbare Alternativen verwenden. Festivals und Veranstaltungen sind auf Bananenblätter-Teller anstelle von Styropor umgestiegen, wodurch der Anteil des verbotenen Plastiks am Abfall von 35 % auf weniger als 2 % gesunken ist.
Der lokale Klanchef Ken Andrew hob die positiven Auswirkungen auf die Umwelt hervor: *„Seit das Verbot gilt, ist die Lagune sauberer geworden. Zuvor bildete das Plastik eine kleine Insel in der Lagune. Wir konnten sie nicht eindämmen, es war einfach zu viel."*

Aufbauend auf diesem Erfolg hatte Vanuatu bereits im Jahr 2020 eine zweite Phase eingeführt, in der weitere Plastik-Gegenstände wie Besteck und Teller verboten wurden.

Der nächste Schritt ist nun die Einführung eines Produktverantwortungsprogramms (*Product Stewardship Scheme*, PSS), um den nach wie vor problematischen Abfall an Getränkeverpackungen in den Griff zu bekommen.
Roselyn Bue vom *Department of Protection and Conservation* (DEPC) erklärte: *„Das Plastikverbot hat sich als sehr effektiv erwiesen, aber Plastikflaschen werden immer noch häufig an den Küsten gesehen. Wir halten ein Pfandsystem für Getränkeverpackungen für eine wirksame Lösung.“*

Laut Minister Ralph Regenvanu will der DEPC in Zusammenarbeit mit *Searious Business* und dem EU-finanzierten *PacWastePlus-Programm* das Pfandsystem bis Ende 2024 einführen. *(Talanoa Tonga 23.07.24)*

13 neue Abkommen mit China

Die Regierungen von Vanuatu und die Volksrepublik China haben Mitte Juli in Peking 13 *Memorandums of Understanding* (MOUs) unterzeichnet. Für Vanuatu unterzeichneten Innenminister Johnny Koanapo und Landminister Rick Tchamako Mahe die Absichtserklärungen. Für China unterschrieb Premierminister Li Qiang.
Die Unterzeichnung dieser Vereinbarungen erfolgte im Anschluss an bilaterale Gespräche zwischen Premierminister Charlot Salwai und Premierminister Li.
Die Absichtserklärungen decken ein breites Spektrum von Entwicklungsbereichen in Vanuatu ab, wobei der Schwerpunkt auf Infrastrukturprojekten liegt.

Einer der wichtigsten Bereiche ist die Verbesserung der Straßen. In Port Vila, der Hauptstadt von Vanuatu, häufen sich die Beschwerden über den Zustand der Straßen.

Neben der Infrastruktur gibt es auch ein MOU, das sich auf den Mediensektor konzentriert. Dieses spezielle Abkommen zielt darauf ab, die Produktions- und Berichterstattungskapazitäten der staatlichen *Vanuatu Broadcasting and Television Corporation* (VBTC) zu verbessern. Es wird erwartet, dass der Ausbau der VBTC-Kapazitäten die Qualität und Reichweite des Rundfunks in Vanuatu erheblich verbessert und der Bevölkerung bessere Informations- und Unterhaltungsdienste bietet. *(Vanuatu Daily Post 13.07.24)*

Neue US-Botschaft

Mitte Juli haben die USA eine neue Botschaft in der Hauptstadt Port Vila eröffnet. Die US-amerikanische Botschafterin Ann Marie Yastishock erklärte, eines der Ziele der neuen Botschaft sei es, die Bearbeitung von Visa vor Ort zu ermöglichen, statt nach Fidschi oder Papua-Neuguinea ausreisen zu müssen.
Der Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten, internationale Zusammenarbeit und Außenhandel der Republik Vanuatu, Matai Seremaiah, zeigte sich in seiner Eröffnungsansprache dankbar für die neue Botschaft. Sie sei ein Sinnbild für die guten diplomatischen Beziehungen zwischen Vanuatu und den USA, die bereits seit 37 Jahren bestehen.

Info: Botschafterin Yastishock ist in Papua-Neuguinea stationiert. Sie leitet auch als nicht-residentielle Botschafterin die US-Botschaft auf den Salomonen. Ihr Ziel sei es, alle fünf bis sechs Wochen nach Vanuatu zu kommen, erklärte die Botschafterin der Zeitung *Vanuatu Daily Post*. *(Vanuatu Daily Post 20.07.24)*

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Restriktionen verlängert

In Neukaledonien wurden das Versammlungsverbot, die Beschränkungen für den Verkauf von Alkohol und Treibstoff sowie die Ausgangssperre bis Mitte September verlängert.

Das französische Hochkommissariat der Republik begründete am 6. September die Verlängerung der in dem französischen Überseegebiet geltenden Beschränkungen mit den Risiken *„schwerer Störungen der öffentlichen Ordnung, die in den kommenden Wochen auftreten könnten“.*

„Die restriktiven Maßnahmen in Bezug auf die Ausgangssperre [die von 22 Uhr bis 5 Uhr gilt] und den Verkauf und Transport von Waffen bleiben im gesamten Gebiet bis Montag, den 16. September, um 5 Uhr in Kraft“, heißt es in der Erklärung der staatlichen Stellen. In den Gemeinden Nouméa, Dumbéa, Païta und Le Mont-Dore sind Versammlungen, Demonstrationen und Umzüge bis zum 30. September verboten.

Grund für die Restriktionen sind die seit vier Monaten andauernden Unruhen zwischen kanakischen Unabhängigkeitsbefürwortern, französischen Loyalisten und den Ordnungskräften, die größtenteils zur Unterstützung der lokalen Sicherheitskräfte aus dem französischen Mutterland nach Neukaledonien geholt wurden. Die Unruhen, die durch die Abstimmung im Mai über einen Entwurf für ein Verfassungsgesetz zur Reform des Wahlkörpers des Archipels verursacht wurden, der seit der Auflösung der Nationalversammlung Anfang Juni ausgesetzt ist, sind die schwersten seit vierzig Jahren.

Seit Beginn der Auseinandersetzungen sind elf Menschen gestorben. Die Zerstörungen, Plünderungen und Brände haben nach Angaben der Lokalregierung einen Schaden von mindestens 2,2 Milliarden Euro verursacht. *(Le Monde 06.09.24)*

Nickelwerk geschlossen

Zum 31. August ist das Nickelwerk *Koniambo Nickel* (KNS) am Standort Vavouto in Voh geschlossen worden. Mangels eines Übernehmers hat das Werk mit dem Auslaufen der Arbeitsverträge von 1.235 Arbeitern und Angestellten zu Ende August schließen müssen, obwohl KNS eigentlich ein Vorzeigeprojekt zur wirtschaftlichen Erschließung des Nordens von Neukaledonien war.
Die vor 11 Jahren in Betrieb gegangene Nickelproduktionsanlage hatte es nicht geschafft, innerhalb der von dem Rohstoffriesen *Glencore* gesetzten Frist von sechs Monaten einen Käufer zu finden. Die in der Schweiz registrierte Unternehmergruppe *Glencore* ist zu 49 % an der Anlage beteiligt und hatte sich entschlossen, seine Anteile abzustoßen.
Seit dem Beginn der Bauarbeiten im Jahr 2007 hat KNS einen Schuldenberg von über 13 Milliarden Euro angehäuft. Diese Verbindlichkeiten wurden vollständig von *Glencore* übernommen, und zwar aufgrund des Aktionärspakts zwischen *Glencore* und der lokalen *Société minière du Pacifique Sud* (SMSP), die die Interessen der Nordprovinz vertritt. Vor dem Hintergrund der weltweiten Nickelkrise und der steigenden Energiekosten hat *Glencore* jetzt aber beschlossen, aus der Anlage auszusteigen.

Mit 1.235 direkten und mindestens 700 indirekten Arbeitsplätzen ist das Unternehmen *KNS* eines der wichtigsten Firmen im Norden. Die Bevölkerung ist seit Beginn der Baumaßnahmen für die Anlage um 40 % gewachsen. Die Zahl der Unternehmen in den

umliegenden Gemeinden Voh, Koné und Pouembout ist von 2.500 im Jahr 2005 auf heute 4.000 angestiegen.

Die Arbeitsagentur *Cap emploi*, die die Arbeitssuchenden der Nordprovinz verwaltet, hat bereits angekündigt, den über 1.000 arbeitslosen Angestellten der Anlage nur 800 offene Stellen in der Nordprovinz anbieten zu können.

Info: Die Fabrik in ihrer jetzigen Form wird in einigen Wochen stillgelegt, um die Temperatur der über 1600 °C heißen Öfen langsam zu senken. Sobald die Öfen erloschen sind, ist an eine Wiederaufnahme der metallurgischen Tätigkeit erst in ca. eineinhalb Jahren zu denken. *(Le Monde 31.08.24)*

Neue Direktflüge nach Vanuatu

Die kaledonische Inlandsfluggesellschaft *Aircal* (*Air Calédonie*) wird in Zusammenarbeit mit *Aircalin* ab dem 3. Oktober Direktflüge nach Vanuatu auch außerhalb der Schulferien anbieten. Geflogen wird ab Tontouta nach Port Vila in Vanuatu. Die Flüge sollen zweimal wöchentlich (Montags und Donnerstags) angeboten werden.
Laut der Generaldirektion von Air Calédonie, Marion Gentelet, *„stellt diese Flugverbindung eine Gelegenheit dar, um in der derzeitigen Wirtschaftskrise Arbeitsplätze zu erhalten und ein für das Überleben der Fluggesellschaft notwendiges Aktivitätsniveau zu bewahren“.*

Auch für *Aircalin* ist die Wiederbelebung dieser Route Teil eines Plans zur Überwindung der Krise, der unter anderem eine vorübergehende Reduzierung des regionalen Flugprogramms vorsieht. *(France Info 09.09.24)*

MIKRONESIEN

[Die meisten Artikel in dieser Rubrik sind von Clara Groth, Masterstudentin in *Chinese Studies* an der Uni Würzburg.]

Rückgang der Turbo-Schnecken

Palau: Laut einer neuen Studie des *Palau International Coral Reef Center* (PICRC) ist die Trochus-Population in Palau deutlich zurückgegangen.
Die Untersuchung, die in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Umwelt durchgeführt wurde, fand von Dezember 2023 bis März 2024 statt und untersuchte 57 Standorte von Kayangel bis Peleliu, wobei der Riffkamm und die Vorriffgebiete erfasst wurden.
An den ausgewählten Standorten wurden nur 428 Exemplare gefunden, mit einer geschätzten Gesamtpopulation von 1.653.067 Exemplaren ein deutlicher Rückgang gegenüber 2019 (4.000.000 Exemplare). Im Südosten der Inselrepublik wurden die meisten Trochus gefunden, im Südwesten dagegen die wenigsten, was mit früheren Erhebungen übereinstimmt. Während die Trochus in den Vorriffgebieten leicht um 4 Prozent zugenommen haben, sind sie im Riffkamm um 28 Prozent zurückgegangen.
Insgesamt waren 73 Prozent der untersuchten Trochus über der Reifegröße, aber es gibt nur etwa 267 Trochus pro Hektar im Vorriff und 223 im Riffkammbereich. Dies liegt deutlich unter dem für eine nachhaltige Ernte empfohlenen Schwellenwert von 600 Individuen pro Hektar, was darauf hindeutet, dass die derzeitige Population nicht stabil genug ist, um eine Erntesaison zu ermöglichen.

Um die Erholung der Trochus-Population zu unterstützen, schlägt die PICRC-Studie mehrere Maßnahmen vor:

- Anhebung des Größenlimits für die Ernte, um geschlechtsreife Exemplare zu schützen, damit sie sich nach der Schließung fortpflanzen können,
- Begrenzung der Anzahl der Trochus, die jede Person ernten darf,
- und Beschränkung der Ernte auf bestimmte Gebiete.

Hintergrund: Die Trochus (Volksmund: Turbo-Schnecke) gehört zur Gattung der Kreiselschnecken mit fast geraden Gehäuse-Außenwänden, die peripher gekielt sein können. Die Gehäusebasis ist um die Spindel tief eingesenkt.
Die Trochus ist eine für die palauische Kultur wichtige Weichtierart, die als Nahrungsmittel und zur Herstellung verschiedener Produkte verwendet wird. Im Laufe der Jahrzehnte wurde sie übermäßig geerntet, was zu einem Rückgang der Population führte. Die Erntesaison für Trochus wird vom palauischen Nationalkongress (*Olbiil er a Kelulau*) auf der Grundlage von Bewertungen des Gesundheitszustands der Population eröffnet.

Seit 2016 wurde die Trochus-Erntezeit nur einmal, im Jahr

2021, für etwa drei Wochen eröffnet. *(https://picrc.org/recent-survey-shows-decline-in-trochus-population-in-palau/)*

Zwischen Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit

Palau: Der kleine pazifische Inselstaat Palau steht vor einem Dilemma. Vor etwa einem Jahrzehnt wurde Palau zum Vorreiter für den Meeresschutz, als 80 % der Gewässer rund um Palau für den Fischfang gesperrt wurden. Doch seitdem ist die Wirtschaft des Inselstaates ins Wanken geraten, und viele Bewohner*innen sind sich darüber uneins, ob es nicht doch an der Zeit wäre, zumindest einen Teil des Ozeans erneut für kommerzielle Fischerei freizugeben. Die Maßnahmen gegen die Pandemie und die steigenden Lebenshaltungskosten haben viele Haushalte schwer getroffen. Eine Auflockerung der aktuell strengen Schutzbestimmungen würde daher die Ernährungssicherheit auf der Insel und wirtschaftliche Situation vieler Fischer verbessern.

Viele Inselbewohner*innen äußern allerdings auch große Bedenken über die möglichen Auswirkungen auf das Ökosystem. Sie befürchten, dass eine Lockerung der Beschränkungen zu Überfischung führen könnte, was wiederum die empfindliche Artenvielfalt rund um Palaus Gewässer bedrohen könnte. Eine Aufweichung der aktuellen Regelungen würde daher auch die Zukunft der Inselgemeinschaft bedrohen, die maßgeblich von einer langfristigen Erhaltung dieses Ökosystems abhängig ist.

Die Regierung steht nun vor der Herausforderung ökonomische und ökologische Interessen zusammenzubringen. Gemeindemitglieder und Fischer wurden in diversen Sitzungen in den Planungsprozess miteingebunden: Das Ergebnis der Diskussionsrunden ist allerdings noch offen.
(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg.
https://freescience.info/palau-residents-clash-over-fishing-restrictions-balancing-conservation-and-community-needs/
https://www.npr.org/2024/08/25/nx-s1-5071209/in-palau-residents-are-divided-on-easing-fishing-restrictions)

Forum zu digitaler Resilienz

Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM): Im Rahmen eines Förderprogramms zu digitaler Resilienz und Online-Sicherheit in den Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) fand Anfang August in Pohnpei ein Cybersicherheitsforum statt. Die Initiative wird vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der *Pacific Digital Democracy Initiative* (PDDI) und der EU unterstützt und soll die Zivilgesellschaft in den FSM durch digitale Transformation stärken.
Die Veranstaltung brachte wichtige Interessenvertretende aus Regierung, Medien, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Zu den wichtigsten Themen gehörten bewährte Verfahren zum Schutz geschäftlicher und persönlicher Daten, Strategien zur Identifizierung und Reaktion auf Cyberbedrohungen, die Bedeutung von Online-Sicherheit und Datenschutz, sowie verfügbare Ressourcen und Tools zur Verbesserung der Cybersicherheit.

In einem nächsten Schritt sollen Erkenntnisse und Beiträge des Forums über ein Radioprogramm geteilt werden, um Informationen zur Cybersicherheit an die breitere Öffentlichkeit auf Pohnpei zu verbreiten. Das PDDI plant außerdem Workshops mit zivilgesellschaftlichen Organisationen durchzuführen, um deren Kapazitäten im Umgang mit digitalen Tools wie Datenvisualisierungstechniken und Social-Media-Analysen zu verbessern. Darüber hinaus ist für das letzte Quartal des Jahres in Suva, Fidschi, ein Süd-Süd-Gipfel zur digitalen Transformation geplant, bei dem Vertretende zivilgesellschaftlicher Organisationen ihre Erfahrungen austauschen und ihr kollektives Wissen zur digitalen Transformation erweitern sollen.
(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg.
https://www.undp.org/pacific/press-releases/empowering-digital-resilience-federated-states-micronesia
https://www.undp.org/pacific/press-releases/guarding-fsms-digital-frontier-how-csos-are-laying-groundwork-protect-island-online-vulnerabilities)

Auswirkungen des Klimawandels

FSM: Solomon Lowson, der Verwaltungschef von Kapingamarangi, forderte Ende Juli den US-Kongress auf, Mittel für den Bau eines großen Deichs zu genehmigen. Das Kapingamarangi-Atoll mit seinen etwa 150 Bewohner*innen ist die abgelegenste Insel der FSM und extrem anfällig für die Auswirkungen der Klimakrise. Zuletzt spülte eine Sturmflut im Januar 2024 ganze Häuser weg und versalzte die Taro-Felder. Eine Ufermauer würde daher sowohl die Bewohner*innen, als auch deren Le-

bensgrundlage vor weiteren Katastrophen zumindest teilweise schützen. Die veranschlagten Kosten belaufen sich auf etwa USD 80.000 und würde den Jahreshaushalt der Gemeinde von jährlichen USD 87.000 damit deutlich sprengen. Aktuell laufen daher Gespräche mit Gouverneur Stevenson Joseph, um die Pläne und die Finanzierung des Deiches auszuarbeiten.

Das *US Department of Commerce* sowie das *Technical Assistance Program* haben bereits jeweils USD 2 Millionen und USD 1 Millionen an Unterstützung für die FSM angekündigt, die in Gemeindeprojekte, Bildung, das Gesundheitswesen, und Umweltschutz investiert werden sollen.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg.
https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/523684/hit-by-tidal-wave-remote-federated-states-of-micronesia-atoll-calls-for-seawall
https://www.noaa.gov/news-release-noaa-ira-crrc-awards-Micronesia-2024
https://www.doi.gov/oia/press/AS-Cantor-Announces-Over-%241-Million-in-Technical-Assistance-Grants-for-the-Federated-States-of-Micronesia)

Assoziiertes Mitglied im *Pacific Islands Forum*

Guam: Als die Staats- und Regierungschefs der 18 Mitglieder des *Pacific Islands Forum* (PIF) zum 53. Mal Ende August in Tonga zusammenkamen, war ein zentraler Tagesordnungspunkt der Status von Guam und Amerikanisch-Samoa. Zuvor hatten die beiden Territorien der Vereinigten Staaten lediglich Beobachterstatus, der nun zu einer assoziierten Mitgliedschaft im PIF aufgewertet wurde.

Der neue Status bietet die Möglichkeit, bei den Plenarsitzungen der Staats- und Regierungscheftreffen und bei Ausschusssitzungen zu sprechen und Personen für die Teilnahme an PIF-Arbeitsgruppen zu nominieren. Die assoziierte Mitgliedschaft garantiert einen Platz am Verhandlungstisch und die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Allerdings werden die beiden Territorien auch weiterhin nicht Teil finaler Entscheidungsprozesse sein.

Washington hatte den Territorien seit 2011 die Möglichkeit verweigert, den Mitgliedsstatus zu beantragen. Nun ist die Zustimmung an den Vorbehalt geknüpft, dass sie auch weiterhin keine außenpolitischen Positionen einnehmen dürfen. Die assoziierte Mitgliedschaft der Territorien ist allerdings auch im Interesse der USA. Guam und Amerikanisch-Samoa sind zwar in erster Linie an ihren direkten Interessen in der Region interessiert, aber ihre politischen Positionen und ihr Engagement innerhalb des Forums werden in Abstimmung mit Washington entwickelt. Die amerikanische Regierung kann somit indirekt Vorschläge einbringen.
Andersherum bietet die assoziierte Mitgliedschaft dieser Gebiete den pazifischen Inselstaaten eine Möglichkeit, Washingtons Gehör zu gewinnen, ohne von dessen Gewicht dominiert zu werden.

Die pazifischen Inselstaaten erkennen an, dass der zunehmende geopolitische Wettbewerb einzelnen Nationen und der Region als Ganzes ermöglicht, eine stärkere Stimme und mehr Einfluss auf internationale Angelegenheiten zu nehmen. Mehr Aufmerksamkeit für den Pazifik bedeutet mehr Ressourcen zur Lösung von Entwicklungsproblemen.

Auch China scheint in Form der Salomonen einen Stellvertreter innerhalb des PIF gefunden zu haben, die kürzlich den Antrag einbrachten, Taiwan von seinem Status als Entwicklungspartner innerhalb des PIF auszuschließen. Obwohl der Antrag erfolglos blieb, da mehrere PIF-Mitgliedsstaaten offizielle diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, war der Versuch ein Beweis dafür, welchen störenden Einfluss der geopolitische Wettbewerb auf regionale politische Foren wie das PIF haben kann.

In einer Region, in der es mehrere nicht souveräne Territorien gibt, die an weitaus größere Mächte gebunden sind, steht das PIF vor einem schwierigen Balanceakt: einerseits den Vorteilen, die sich daraus ergeben, dass mächtigere Staaten ihre Ressourcen der Region widmen, andererseits dem Einfluss, den diese Staaten haben könnten, um die Ziele und Prozesse des Forums zu behindern. Eine assoziierte Mitgliedschaft für Guam und Amerikanisch-Samoa könnte Washington ein größeres Interesse am Regionalismus im Pazifik bescheren, muss aber sorgfältig gehandhabt werden, um sicherzustellen, dass die PIF-Agenda von Vollmitgliedstaaten vorangetrieben wird.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg.
https://thediplomat.com/2024/08/guam-american-samoa-upgraded-to-associate-membership-in-pacific-islands-forum/
https://www.benarnews.org/english/news/pacific/guam-bid-pacific-islands-

forum-07042024003801.html https://www.guampdn.com/news/guam-accepted-into-formidable-pacific-islands-forum/article_fcc82e4a-6688-11ef-8185-43c076556315.html)

Initiative gegen häusliche Gewalt

Nauru: Anfang Juli starteten die Polizeibehörden von Nauru ein Schulungsprogramm, um geschlechtsspezifische Gewalt besser zu bekämpfen. Vor allem die Reaktionsfähigkeit der Behörden und die Bereitstellung von Notunterkünften für Opfer sollen ausgebaut werden. Erst im vergangenen Jahr wurde die zuständige polizeiliche Einheit für häusliche Gewalt von zwei auf fünf Beamte aufgestockt. Die Initiative wird mit Unterstützung des UNDP und australischer Behörden im Rahmen des Projekts „Nauru Accountable & Inclusive Governance“ vorangetrieben.

Häusliche Gewalt und Sexualdelikte machen einen erheblichen Teil der gemeldeten Straftaten in Nauru aus. Seit 2021 wurden 79 Fälle gemeldet, allerdings gehen Experten von einer weitaus größeren Dunkelziffer aus. Das Schulungsprogramm soll Beamten die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse vermitteln, um Fälle häuslicher Gewalt und Sexualdelikte effektiver und mit größerem Feingefühl zu behandeln. Bei der Prävention und Bekämpfung häuslicher Gewalt setzen die Behörden auf einen opferzentrierten Ansatz, der die Sicherheit und das Wohlergehen der Überlebenden priorisiert.

Die prominente fidschianische Menschenrechtsaktivistin und Koordinatorin des *Fiji Women's Crisis Centre* (FWCC), Shamima Ali, ist ebenfalls an dem Projekt beteiligt. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Themen wie häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung und Geschlechterungleichheit in Fidschi und der weiteren Pazifikregion ans Licht der Öffentlichkeit kommen konnten. *(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg. https://islandsbusiness.com/partner-news/nauru-police-force-takes-lead-in-addressing-domestic-violence-and-sexual-offences/)*

Wahlkommission auf Schulung in Fidschi

Nauru: Fünf Wahlexperten aus Nauru trafen sich Anfang August auf Fidschi zu einem intensiven viertägigen Training, um die demokratischen Prozesse auf Nauru zu stärken. Die Initiative zur beruflichen Weiterbildung zielt darauf ab, die Abläufe bei der *Nauru Electoral Commission* (NEC) zu verbessern. Diskutiert wurde der gesamte Wahlprozess von der Planung und Organisation bis hin zur Durchführung und ethischen Standards. Der UNDP, sowie die australische und neuseeländische Regierung unterstützten das Programm. *(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg. https://www.undp.org/pacific/press-releases/professional-development-training-completed-nauru-electoral-commission)*

UNESCO World Heritage Convention

Nauru: Am 22. Juli 2024 hat die Republik Nauru ihre Ratifizierungsurkunde des Übereinkommens zum Schutz des Weltkulturerbes (1972) offiziell bei der UNESCO-Generaldirektorin Audrey Azoulay hinterlegt. Damit hat das UNESCO-Weltkulturerbe Übereinkommen nun 196 Vertragsstaaten und ist einer der am häufigsten ratifizierten internationalen Verträge.
Kultusministerin Charmaine Eraidinomo Scotty betonte die einzigartigen kulturellen und natürlichen Ressourcen Naurus und welche erhebliche Bedrohung der Klimawandel für das Land darstellte. Sie forderte außerdem mehr Unterstützung für die Umsetzung des Übereinkommens in Nauru und betonte die dringende Notwendigkeit globaler Klimaschutzmaßnahmen, um den Erhalt des Welterbes für zukünftige Generationen sicherzustellen. *(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg. https://whc.unesco.org/en/news/2710)*

MARSHALL-INSELN

Unterstützung durch Indien

Sibi George, der Botschafter Indiens für die Marshall-Inseln, und der Außenminister der Marshall-Inseln, Kalani Kaneko haben vor den Augen von Präsidentin Hilda Heine ein neues „*Memorandum of Understanding*“ (MoU) unterzeichnet.
Die Unterzeichnung fand Ende Juli in der indischen Botschaft in Tokio (Japan) am Vorabend des Treffens der Staats- und Regierungschefs der pazifischen Inselstaaten mit dem japanischen Premierminister Fumio Kishida statt.
Während des Treffens mit Botschafter George bedankte sich Präsidentin Heine bei Indien für die starke und wachsende Unterstützung, die die Marshall-Inseln von Indien erhalten, und sagte, sie freue sich auf den weiteren Dialog und die Zusammenarbeit.

Das neue Hilfsabkommen sieht die finanzielle Unterstützung durch Indien bei folgenden Projekten vor: Beim Bau eines kommunalen Sportzentrums, eines neuen Flughafenterminals sowie zweier neuer Gemeindezentren. Außerdem arbeitet Indien auch an der Bereitstellung von Entsalzungs- und Dialysegeräten, um den Bedarf im Gesundheitswesen zu decken.
Im Rahmen der Vereinbarung sollen auch kleinere Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität in den Atoll-Gemeinden Ailuk, Arno, Mejit und Wotje umgesetzt werden. *(Marshall Islands Journal 25.07.24)*

„Agenda 2030“ veröffentlicht

Präsidentin Dr. Hilda Heine hat Mitte August den strategischen Rahmen für die Regierungspolitik der nächsten Jahre veröffentlicht. Die *„Agenda 2030: Ein Weg in eine widerstandsfähige und wohlhabende Zukunft*“ umfasst 35 Bereiche und 68 umzusetzende Maßnahmen in acht thematischen Sektoren, um die dringendsten Entwicklungsherausforderungen des Landes anzugehen.
Das Rahmenwerk steht im Einklang mit dem Nationalen Strategieplan 2020-2030 der Marshall-Inseln und baut auf den jüngsten politischen Maßnahmen und Strategien auf. Es integriert laufende Programme, einschließlich der Agenda 2020, und steht im Einklang mit wichtigen globalen Initiativen wie den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs), dem Pariser Abkommen, dem neuen UN-Aktionsprogramm für kleine Inselentwicklungsstaaten (SIDS) und der *Strategie 2050* des Pazifik-Insel-Forums für den „blauen pazifischen Kontinent“.

Bei der Vorstellung der Agenda betonte Heine, es handle sich um ein „lebendes Dokument“ und keine starre Handlungsanweisung für die Zukunft der Inseln. Man müsse die Agenda immer wieder neu prüfen und an aktuelle Gegebenheiten anpassen, meinte die Präsidentin.
(https://rmigov.com/?p=1307 19.08.24, Marshall Islands Journal 30.08.24)

Kampf gegen Drogenhandel

Vom 12. bis 18. August haben Mitarbeitende der Vollzugsbehörden an einer Fortbildung der *US Drug Enforcement Administration* und des *US Postal Inspection Service* teilgenommen.
Die Teilnehmenden von Polizei, Hafenbehörde, der Justiz, Einwanderungsamt und Post wurden darin geschult, illegale Drogengeschäfte zu erkennen und zu unterbinden. So ging es u.a. darum, Drogen in Briefumschlägen und Paketen zu entdecken. Außerdem lernten die Teilnehmenden, woran sie unterschiedliche Drogen erkennen können. In Rollenspielen schlüpften sie in die Rolle von Drogendealern und Behörden und übten Befragungen und Festnahmen. Auf der Tagesordnung standen auch ein Erste-Hilfe-Kurs sowie eine Einheit darüber, wie sich die Beamte*innen zuverlässig selber vor gewaltbereiten Drogenhändlern oder vor gefährlichen Substanzen schützen können.
Der Workshop wurde von der US-amerikanischen Botschaft in Majuro finanziert. *(Marshall Islands Journal 30.08.24)*

Taiwan überreicht Scheck

Ein Vertreter Taiwans hat am 6. August einen Scheck über 2 Millionen US-Dollar an Außenminister Kalani Kaneko und einen Vertreter des Finanzministeriums überreicht.
Das Geld ist Bestandteil einer jährlichen finanziellen Zuwendung Taiwans an die Marshall-Inseln. In diesem Jahr sollen damit 17 Infrastrukturmaßnahmen auf den Atollen umgesetzt werden, u.a. der Bau von Deichen, die Instandsetzung von Küstenstraßen, der Ausbau kleiner Regionalflughäfen und die Renovierung medizinischer Einrichtungen.

Präsidentin Dr. Hilda Heine hatte bereits Anfang des Jahres verkündet, an den langjährigen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan festhalten zu wollen. Der Botschafter Taiwans auf den Marshall-Inseln, Hsia, bekräftigte bei der Scheckübergabe die gute Zusammenarbeit mit den Inseln und versprach weitere finanzielle Zuwendungen für Entwicklungshilfemaßnahmen auf den Atollen. *(Taipei Times 24.01.24, Marshall Islands Journal* 16.08.24)

Erstes Frauenhaus geplant

Am Rande einer Konferenz weiblicher Führungskräfte im Pazifik hat Präsidentin Hilda Heine das Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ zur obersten Priorität ihrer Regierungsführung gemacht. Zwar gäbe es viele weitere Probleme auf den Inseln, wie etwa die Folgen des Klimawandels oder auch die schwache wirtschaftliche Entwicklung, das Thema der (sexuellen) Gewalt gegen Frauen in den Familien sei

aber „kulturimmanent“ und bedürfe einer konzertierten Aktion aller Menschen. Es gäbe großen Nachholbedarf bei diesem Thema auf den Marshall-Inseln, bemängelte die Präsidentin. In einem ersten Schritt wolle sie nun ein Frauenhaus für von häuslicher Gewalt bedrohte Frauen und deren Kinder errichten. Dies wäre das erste Frauenhaus auf den Inseln. *(Marshall Islands Journal 16.08.24)*

KIRIBATI

Parlamentswahlen

Mitte August fanden auf Kiribati Parlamentswahlen statt. Der Wahlkampf war zuvor hauptsächlich von Themen wie Lebenshaltungskosten, dem steigenden Meeresspiegel und den wachsenden Beziehungen mit China geprägt.
Berichte, denen zufolge kiribatische Behörden enger mit chinesischen Polizeieinheiten zusammenarbeiten wollen, hatten in den letzten Monaten für öffentliche Debatten und Kontroversen gesorgt. Auch die steigende Inflation sorgt für Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Kiribati steht außerdem vor einer Reihe wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen, wie zum Beispiel dem steigenden Meeresspiegel, der regelmäßig die knappen Trinkwasservorräte verunreinigt.
Aufgrund Kiribatis lockeren politischen Gruppierungen, die typisch für mehrere pazifische Inselstaaten sind, wird die Regierungsfindung allerdings voraussichtlich noch mehrere Monate andauern. Viele Kandidaten traten als Einzelpersonen an, von denen die 45 Kandidaten mit den meisten Stimmen ins Parlament gewählt werden. Die Wahlberechtigten wählen den Präsidenten voraussichtlich im Oktober direkt aus einer von den neuen Parlamentariern erstellten Liste aus. Bei der diesjährigen Wahl haben außerdem fünf Frauen den Einzug ins Parlament geschafft, mehr als je zuvor. Laut Beobachtern ist es bisher schwer vorherzusagen welche Partei letztendlich die Regierung stellen wird, die Wahlergebnisse zeigen allerdings keinen Wunsch nach drastischen Veränderungen in der Bevölkerung.

Im Anschluss an die Wahlen hat die kiribatische Regierung verkündet, dass jegliche diplomatischen Besuche bis 2025 suspendiert würden, um den Regierungsfindungsprozess nicht zu stören. Experten vermuten allerdings, dass mit der Aussetzung der diplomatischen Beziehungen ausländische Kontrolle über den Regierungsbildungsprozess vermieden werden soll.
(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Würzburg.
https://www.thepost.co.nz/world-news/350389342/kiribati-bars-foreign-officials-visiting-until-2025
https://www.aljazeera.com/news/2024/8/14/kiribati-votes-in-key-election-after-years-of-turbulence
https://www.theguardian.com/world/article/2024/aug/14/kiribati-election-2024-poll-voting)

Aktionswoche zum Erhalt der Sprache

Kiribati-Gemeinschaften in ganz Neuseeland (Aotearoa) haben Mitte August die *Wikin te Taetae ni Kiribati*, die Kiribati-Sprachwoche, gefeiert.
Das diesjährige Thema der Aktionswoche lautete: „*Eutakirakean ma kabwaekekean ara taetae ni Kiribati ma kateira ao rabakaura, bon maurin ao tokabetin te i-Kiribati* - Das Gedeihen unserer kiribatischen Sprache, Kultur und unseres Wissens stärkt die Widerstandsfähigkeit und den Wohlstand der Kiribati.“

Etwas mehr als 3.000 i-Kiribati leben in Neuseeland. Die Hälfte von ihnen spricht „Tungaru“. 20 Prozent der in Neuseeland Geborenen können die Sprache sprechen und 24 Prozent der unter 15-Jährigen beherrschen sie.

Tungaru ist der Name, den das Volk der i-Kiribati von seinen Vorfahren erhalten hat. Die Tungaru-Kultur und -Sprache spielen eine zentrale Rolle für die Identität und das Wohlbefinden der Kiribati-Diaspora in Neuseeland.
„Wir haben keine Aufzeichnungen über unsere Dinge, aber wir bewahren sie in Worten auf. All unser Wissen, unsere Arbeit, unsere Fähigkeiten und dergleichen sind in Worten festgehalten“, erklärte die neuseeländische Kulturbeauftragte für die i_Kiribati, Frau Kaumatua Baitika Tehumu, bei einem Treffen im Te Puke (Versammlungshaus).
„Das ist ein Problem, denn wenn wir Dinge mündlich weitergeben, sterben manchmal diejenigen, die das Wissen haben, und diese Dinge bleiben uns nicht erhalten“, erklärte Tehumu.
Der neuseeländische Minister für pazifische Völker, Dr. Shane Reti, meinte, dass die pazifischen Sprachen eine wichtige Rolle bei der Stärkung des Identitäts- und Zugehörigkeitsgefühls der Pasifika-Community spielen.
„Dies wiederum steigert ihr Selbstvertrauen, ihre Bildungsergebnisse, ihre Beschäftigungsfähigkeit und ihre Fähigkeit, einen

wichtigen Beitrag zu ihren Gemeinschaften und zu Neuseeland zu leisten", so der Minister.

Hintergrund: Die diesjährigen Wochen der pazifischen Sprachen (*Pacific Language Week*) sollen die regionale Einheit und den Beitrag der pazifischen Gemeinschaften zur neuseeländischen Kultur feiern. Die 11 Sprachwochen finden in diesem Jahr zwischen Mai und September statt.
Zwei neue Sprachen sind zum ersten Mal dabei – das Pidgin von den Salomonen und Tok Pisin aus Papua-Neuguinea. Sie gesellen sich zu den Sprachen von Rotuma, Samoa, Kiribati, den Cook-Inseln, Tonga, Tuvalu, Fidschi, Niue und Tokelau. *(Pacific Media Network 08.07.24)*

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Erster „Plastik-Dialog"

Tuvalu: Inmitten des vierten viertägigen Runden Tisches für einen sauberen Pazifik (*Fourth Clean Pacific Roundtable*) vom 5. bis 9. August hat in der Hauptstadt Funafuti am 7. August der erste „Plastic Dialogue" stattgefunden.

Das Gespräch wurde vom *Sekretariat des Regionalen Umweltprogramms für den Pazifik* (SPREP) über das *Pacific Ocean Litter Project* (POLP) organisiert und von der australischen Regierung finanziert. Der australische Hochkommissar in Tuvalu, Brenton Garlick, betonte das Engagement Australiens im weltweiten Kampf gegen die Plastikverschmutzung und seine Unterstützung für die Pazifikinseln bei den internationalen Verhandlungen über ein Plastikabkommen.

Der Dialog bot mehr als 200 Delegierten eine Plattform, um über die externen und internen Dimensionen der Plastikverschmutzungskrise in den Ozeanen nachzudenken und Bilanz zu ziehen.
„Die Plastikverschmutzung betrifft alle unsere acht Inseln durch die Meeresströmungen und beeinträchtigt die Gesundheit unserer Meeresökosysteme und die darin enthaltene biologische Vielfalt sowie unsere Ernährungssicherheit und unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Wohlergehen", betonte Tuvalus Minister für nationale Ressourcen und Landwirtschaft, Sa'aga Talu Teafa, bei der Eröffnung des Dialogs.

Im Rahmen des Dialogs wurden die aktuellen internationalen, regionalen und nationalen Entwicklungen und die bisherigen Maßnahmen zur Verringerung der Plastikverschmutzung in der Welt und in der pazifischen Inselregion beleuchtet. Er bot den teilnehmenden Mitgliedsländern auch die Gelegenheit, ihre nationalen Prioritäten bei der Bewältigung des Müllproblems zu überdenken. Diskutiert wurde ebenso der Aktionsplan zur Vermeidung von Müll. Der *Regionale Aktionsplan für Meeresmüll auf den Pazifischen Inseln* (Pacific Islands Regional Action Plan for Marine Litter) legt den politischen Kontext und die wichtigsten Maßnahmen zur Verringerung des Meeresmülls in den pazifischen Inselländern und -territorien fest. Der aktuelle Plan endet eigentlich 2025.

Hintergrund: Um das Problem des Plastikmülls in den Ozeanen zu bekämpfen, arbeitet Australien mit SPREP und den pazifischen Inselstaaten zusammen, um ein auf sieben Jahre (2019-2027) angelegtes und mit 16 Millionen Dollar dotiertes Projekt zum Schutz des Pazifischen Ozeans (*Pacific Ocean Litter Project*, POLP) durchzuführen. POLP wird den Ausstieg aus bestimmten Arten von Einwegplastik aus landgestützten Quellen, einschließlich Haushaltsabfällen und Tourismusabfällen, unterstützen. Außerdem werden Verhaltensänderungen bei den Nutzer*innen, Verbrauchenden und Herstellenden von Kunststoffen sowie die Einführung alternativer Produkte unterstützt.
(www.sprep.org/polp, https://www.sprep.org/news/pacific-islands-gather-in-funafuti-for-first-ever-plastic-dialogue 07.09.24)

Japan finanziert neuen Schlepper

Tonga: Inagaki Hisao, der Botschafter Japans in Tonga, hat im Beisein des tongaischen König Tupou VI. einen neuen Schlepper an die Bevölkerung von Tonga übergeben. Der Schlepper, der vom König auf den Namen *MV Fanga 'I Lifuka* getauft wurde, sei ein Geschenk Japans an Tonga zur Stärkung seiner maritimen Kapazitäten.

Botschafter Hisao betonte die anhaltende Freundschaft zwischen Japan und Tonga, die in den persönlichen, sehr herzlichen, Beziehungen zwischen dem japanischen Kaiserhaus und

der königlichen Familie von Tonga wurzele.

Der Schlepper ist eine Ergänzung der tongaischen Seeflotte, die der Überwachung der Küstengewässer dient. Fünf japanische Ingenieure halten sich derzeit in Tonga auf, um das Personal der Hafenbehörde in der Bedienung des neuen Schleppers zu schulen. Die *MV Fanga 'I Lifuka*, die im Rahmen des japanischen Programms NPGA (*Non-Project Grant Aid*) finanziert wurde, hat einen Wert von einer Milliarde japanischen Yen (15 Millionen tongaische Pa'anga). Dies ist der höchste Betrag, den Japan jemals für ein NPGA-Projekt zur Verfügung gestellt hat, was die Bedeutung unterstreicht, die Japan dem Ausbau der maritimen Kapazitäten Tongas beimisst.

Info: Mit 4.500 PS und zwei Propellern ist die *Fanga-'I-Lifuka* jetzt der größte Schlepper in der Flotte der *Ports Authority Tonga* und ersetzt einen früheren, ebenfalls von Japan gestifteten, Schlepper aus dem Jahr 1994. Der Name des neuen Schiffes ehrt die ursprüngliche *MV Fanga 'I Lifuka*, die 1961 ihre letzte Fahrt antrat, und erinnert an Lifuka, die Insel, auf der der britische Kapitän James Cook bei einer Südseeentdeckungsfahrt anlandete.
98 % der Güter Tongas werden auf dem Seeweg transportiert. *(https://talanoaotonga.to/ 23.07.24)*

Zuschuss für Klimaresilienz-Programm

Tonga: Der Grüne Klimafonds (*Green Climate Fund*, GCF) hat einen Zuschuss in Höhe von 22,66 Millionen Dollar für das *Coastal Resilience Project* in Tonga bewilligt. Weitere 1,2 Millionen Dollar kommen von der Regierung und 63.000 Dollar vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP).
Ziel der Initiative ist es, die langfristige Widerstandsfähigkeit gefährdeter Küstengemeinden in Tonga gegenüber dem Klimawandel zu verbessern. Das Projekt wird von der Abteilung für Klimawandel im Ministerium für Meteorologie, Energie, Information, Katastrophenmanagement, Klimawandel und Kommunikation (MEIDECC) geleitet und von UNDP unterstützt.

Das Projekt soll im Jahr 2025 anlaufen und sich auf den unmittelbaren Küstenschutz und die langfristige Anpassungsplanung konzentrieren. *(Talanoa o‘ Tonga 17.07.24)*

WHO mahnt Transfette an

Tonga: Ein neuer Bericht der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) zeigt, dass 53 Länder über Best-Practice-Maßnahmen zur Bekämpfung von industriellen Transfetten in Lebensmitteln verfügen. Davon profitieren 3,7 Milliarden Menschen oder 46 % der Weltbevölkerung. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2018, als nur 6 % der Menschen vor den gesundheitsschädigenden Transfetten geschützt waren.
Laut des WHO-Berichtes gehört Tonga nicht zu den Ländern, die Transfette verbieten, obwohl das Königreich ein hohes Maß an nicht übertragbaren Krankheiten und Todesfällen aufweist, die mit dem hohen Konsum von Transfetten in Lebensmitteln in Verbindung gebracht werden.

Politische Verpflichtungen zur Vermeidung von Transfetten sind folgende pazifische Länder eingegangen: Fidschi, Nauru, Papua-Neuguinea, Samoa und Vanuatu.

Als „Best Practice-Beispiele“ bezeichnet die WHO Singapur und die Philippinen.
„Der Verzicht auf Transfette ist machbar, erschwinglich und lebensrettend“, erläuterte Dr. Francesco Branca, WHO-Direktor für Ernährung und Lebensmittelsicherheit. Transfette verstopften die Arterien und erhöhten das Herzinfarktrisiko, was jährlich zu über 278.000 Todesfällen führe, beklagte der Mediziner.

Info: Im Jahr 2023 hatten sieben Länder, darunter Ägypten und Mexiko, neue Maßnahmen eingeführt. Fünf Länder, darunter Dänemark und Thailand, wurden jetzt von der WHO für ihre Fortschritte ausgezeichnet.
(https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/trans-fat, Talanoa o‘ Tonga 11.07.24)

Gouverneur verhängt Moratorium gegen Tiefseebergbau

US-Samoa: Eine Ende Juli von Gouverneur Lemanu Peleti Mauga erlassene Verfügung sieht ein Moratorium (d.h. ein Stillhalteabkommen, Aufschub) für den Tiefseebergbau in den Gewässern von Amerikanisch-Samoa vor.
Das Moratorium gilt für den Abbau, die Gewinnung oder die Beseitigung von Mineralien in der Tiefsee.

In der Anordnung des Gouverneurs wird darauf hingewiesen, dass der Tiefseebergbau erhebliche Risiken für die biologische Vielfalt der Meere birgt, einschließlich der potenziellen Zerstörung von Lebensräumen sowie der Verschmutzung und der Störung kritischer ökologischer Prozesse, was irreversible Auswirkungen auf das Meeresleben und die lokalen Gemeinschaften haben könnte;

Im Text des Moratoriums heißt es weiter, dass die Ökosysteme der Tiefsee zu den am wenigsten erforschten Orten der Erde gehören und lebenswichtige Elemente des Meeresökosystems wie Fischbestände, Korallenriffe und Ökosystemfunktionen wie die Regulierung der Wassertemperatur, die Bindung von Kohlenstoff und den Nährstoffkreislauf unterstützen.

Darüber hinaus gebe es nur unzureichende wissenschaftliche Informationen und technologische Entwicklungen, um das Ausmaß der potenziellen Auswirkungen des Tiefseebergbaus zu verstehen, und die Technologien zur Gewinnung von Mineralien aus dem Meeresboden seien in Bezug auf die Umweltsicherheit noch nicht erprobt, so der Gouverneur weiter. Er präzisierte jedoch, dass das Moratorium nicht so ausgelegt werden dürfe, dass es wissenschaftliche Forschungen oder Sammlungen verbiete, die von oder im Auftrag einer Bildungs-, Wissenschafts- oder Forschungseinrichtung oder einer Regierungsbehörde durchgeführt werden. Derartige Forschungstätigkeiten unterlägen den örtlichen Gesetzen, Vorschriften und Genehmigungsanforderungen.

Gouverneur Mauga fügte hinzu, dass sich Amerikanisch-Samoa während dieses Moratoriums für die Förderung der Meeresforschung, die Entwicklung einer nachhaltigen Meerespolitik und die Förderung der lokalen und internationalen Zusammenarbeit bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Meeresressourcen einsetzen werde. *(www.talanei.com 25.07.24, https://www.greenpeace.org/usa/news/greenpeace-usa-applauds-american-samoas-seabed-mining-moratorium/ 26.07.24)*

Sinkende Lebenserwartung

US-Samoa: Die Lebenserwartung in Amerikanisch-Samoa sinkt.

Laut einer gerade vom Handelsministerium veröffentlichten Lebenstabelle für Amerikanisch-Samoa (*American Samoa Lifetable*) beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Mannes jetzt 69,70 Jahre, was einem Rückgang von 1,4 Jahren entspricht.

Die durchschnittliche Lebenserwartung einer neugeborenen Frau beträgt jetzt 74,47 Jahre, was einem Rückgang von 3,3 Jahren entspricht.

Die neue Sterbetafel für Amerikanisch-Samoa wurde aus den durchschnittlichen Sterbefällen zwischen den Jahren 2018 und 2022 erstellt, wobei die Alters-/Geschlechtsverteilungen der Volkszählung 2020 als gemeinsamer Nenner verwendet wurden.

Das Handelsministerin (*Department of Commerce*, DOC) fordert nun, dass der Rückgang der Lebenserwartung untersucht werden muss, um Einblicke in die gesundheitlichen Herausforderungen des US-amerikanischen Territoriums zu erhalten und Veränderungen zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und „Langlebigkeit“ in dem Gebiet durchzuführen.

Info: Die Lebenserwartung ist ein statistisches Maß für die Schätzung der durchschnittlichen verbleibenden Lebensjahre einer Person in einem bestimmten Alter. *(www.Talanei.com 08.08.24)*

Abkommen über Saisonarbeitskräfte aus den Salomonen

Niue: Ein Pilotprogramm zur Arbeitskräftemobilität wurde am 31. Juli in Tamakautoga (Niue) vom Regierungsminister von Niue, Peleni Talagi, und vom Staatssekretär für Außenpolitik und Außenhandel der Salomonen, Collin Beck, unterzeichnet.
Im Rahmen des Programms zur Behebung des Arbeitskräftemangels in Niue und auf den Salomonen wird Niue vier Krankenschwestern von den Salomonen in seinem Gesundheitssektor beschäftigen.

Das Abkommen „*Inter-Agency Understanding*“ erfolgt im Rahmen von PACER Plus, einem Handels- und Entwicklungsabkommen mit Schwerpunkt auf Waren und Dienstleistungen. Es soll die Arbeitskräftemobilität zwischen den Mitgliedsstaaten von PACER stärken und die Prozesse zur Einstellung von ‚Ausländern‘ vereinfachen.
Arbeitnehmer*innen aus Gebieten mit Arbeitskräfteüberschuss können im Rahmen des Pilotprogramms für einen beschränkten

Zeitraum in einem anderen pazifischen Staat arbeiten. Komplizierte Visa-Anträge sind dafür nicht nötig.

Dr. Alisi Kautoka Holani, Expertin für Arbeitsmobilität bei der Pacer-Plus-Durchführungsstelle in Wellington (Neuseeland), erklärte zum Abkommen zwischen Niue und den Salomonen: *„Niue hat eine kleine Bevölkerung von etwa 1.600 Einwohnern. Das Bevölkerungswachstum ist in den letzten Jahrzehnten relativ stagniert, wobei etwa 20 % der Bevölkerung im Rentenalter sind. Daher ist der Arbeitskräftemangel in Niue ein zentrales Entwicklungshemmnis in allen Sektoren, sowohl in der Wirtschaft als auch bei den sozialen Diensten."*

„Der Arbeitskräftemangel ist ein sehr reales Problem für Niue und die Mobilität der Arbeitskräfte ist die einzige praktikable Lösung, um dieses Entwicklungsproblem anzugehen", fügte der Minister für Infrastruktur und Finanzen von Niue, Crossley Tatui, hinzu.

Minister Beck von den Salomonen erklärte, dass das Wirtschaftswachstum auf den Salomonen nicht mit der schnell wachsenden Bevölkerung des Landes Schritt halten könne, da jährlich mehr als 20.000 Jugendliche auf der Suche nach Arbeit seien. Man könne nicht genug Arbeitsplätze für alle Schulabgänger*innen schaffen, so Beck weiter. Da das Renteneintrittsalter auf den Salomonen bereits bei 55 Jahren liege, verfüge man über ausreichend qualifiziertes, erfahrenes älteres Personal, das für Arbeitsmöglichkeiten in anderen Pazifikstaaten zur Verfügung stünde.

Info: Das auf sechs Monate angelegte Pilotprogramm wird durch das Pazifische Abkommen über engere Wirtschaftsbeziehungen (*PACER Plus*) finanziert. Dieses Abkommen ist eine wichtige Handelsinitiative zwischen Neuseeland, Australien und acht pazifischen Inselstaaten.

Das Pilotprojekt richtet sich an Krankenschwestern und -pfleger der Salomonen, die im Ruhestand sind und das Alter von 60 Jahren noch nicht erreicht haben, so dass sie den Anforderungen des Gesundheitssektors in Niue gerecht werden können und beide Länder davon profitieren. *(https://pmn.co.nz/read/pacific-region/niue-solomon-islands-secure-labour-mobility-pact)*

Erfolgreiche Bekämpfung von Hepatitis B

Niue: Die mit Neuseeland assoziierte Insel Niue steht kurz davor, die erste Nation im Pazifik zu werden, die die Lebererkrankung Hepatitis B eliminiert hat.

Dies ist einer gemeinsamen Initiative des Gesundheitsministeriums von Niue und der Nichtregierungsorganisation *Global Health New Zealand* zu verdanken.
Während der Corona-Pandemie und des Lockdowns der Insel hatten die Behörden damit begonnen, die Bevölkerung auf die Erreger für Hepatitis A, B und C zu testen. Insgesamt ließen sich über 90 % der rund 1.500 Einwohner*innen der Insel Blut abnehmen. Dabei konnten keine Hepatitis C-Fälle festgestellt werden. Die entsprechenden Patienten mit Hepatitis B bekamen sofort eine medikamentöse Behandlung verabreicht. Dadurch sei es gelungen, alle Fälle von Hepatitis B zu bekämpfen und die Menschen zu heilen.

Hazel Heal, Mitbegründerin von *Global Health New Zealand*, sagte, das Virus sei im Pazifik endemisch und ihre Organisation wolle ihr Programm ausweiten, um allen Ländern in Ozeanien zu helfen, die Krankheit bis 2030 zu eliminieren. *„Wer im Pazifik lebt, hat ein zehnmal höheres Risiko, an Hepatitis und Leberkrebs zu sterben als jeder andere Mensch auf der Welt",* so Heal. *„Wenn Menschen an Hep B und C erkrankt sind, sterben sie jung, und wenn man eine Bevölkerung mit 10 bis 20 Prozent hat und ein kleiner Inselstaat ist, sind die Auswirkungen so massiv, dass es zwar teuer, aber kosteneffektiv ist, sein Land von Hepatitis zu befreien",* erklärte Heal weiter.

Info: Gobal Health hat über die erfolgreiche Arbeit zur Bekämpfung der Hepatitis B in Niue eine 45-minütige Dokumentation erstellt, die in Kürze auf YouTube verfügbar sein wird.

Hepatitis B ist eine Infektionskrankheit der Leber, die häufig akut (85–90 % der Fälle), gelegentlich auch chronisch verläuft. Mit etwa 350 Millionen Menschen, in deren Blut das Virus nachweisbar ist und bei denen somit das Virus dauerhaft als Infektionsquelle präsent ist, ist die Hepatitis B weltweit eine der häufigsten Virusinfektionen. Auf Basis der chronischen Leberentzündung kann eine Leberzirrhose sowie ein Leberzellkarzinom entstehen. Die Therapie einer chronischen Hepatitis B ist schwierig, daher ist die vorbeugende Impfung die wichtigste Maßnahme

zur Vermeidung der Infektion und zur Verminderung der Virusträgerzahl. *(Radio NZ Intern. 25.07.24, NetDoktor)*

Chinesische Provinz unterstützt Cook-Inseln

Cook-Inseln: Die Regierung der Cook-Inseln hat ihre bilateralen Beziehungen mit der chinesischen Stadt Zhuhai und dem Provisorischen Volkskongress der Provinz Guangdong durch die Spende verschiedener Sicherheitsausrüstungen, darunter Solarzellen für Notunterkünfte auf der Insel, gestärkt.

Zur Übergabe der Ausrüstungsgegenstände begrüßte der stellvertretende Premierminister der Cook-Inseln, Albert Nicholas, Herrn Liu Yahong, den stellvertretenden Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des Volkskongresses der Provinz Guangdong, und Lin Wu, stellvertretender Vorsitzender der Stadtverwaltung von Zhuhai, sowie deren Delegationen in Avarua (Rarotonga).

Vize-Premier Nicholas betonte, dass es bereits seit 17 Jahren einen Austausch zwischen der chinesischen Provinz und den Cook-Inseln gäbe.
„In den letzten neun Jahren haben die Cook-Inseln eine besondere Beziehung zur Stadt Zhuhai aufgebaut, die für uns von großem Nutzen war und zuletzt durch die freundliche Unterstützung von Zhuhai bei der Installation von Audio- und TV-Geräten für das Treffen des Pazifik-Insel-Forums im November 2023 deutlich wurde", sagte Nicholas.
„Unsere Städtepartnerschaft mit Zhuhai verkörpert Freundschaft, Zusammenarbeit und Verständnis“, fügte er pathetisch hinzu. Sie seien beide Küstengebiete und das Meer verbinde sie, ergänzte er.

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit mit der Provinz in China wurden den Cook-Inseln im Laufe der Jahre mehrere chinesische Zuschüsse und Darlehen zu Vorzugsbedingungen zur Verfügung gestellt, die zum Bau einiger wichtiger öffentlicher Infrastrukturen führten, darunter das Gebäude des Justizministeriums, das Hauptquartier der Polizei, das Gebäude des Bildungsministeriums, die Nationale Sportarena in Nikao und der Neubau der Apii Nikao School.

Darüber hinaus gab es verschiedene bilaterale Austauschprogramme zwischen Zhuhai und den Ministerien für Meeresressourcen, Gesundheit, Bildung, kulturelle Entwicklung, Handel und Investitionen der Cook-Inseln, der Regierung der Aitutaki-Inseln und dem Büro des Premierministers.

Info: Zu den geschenkten Ausrüstungsgegenständen gehören Solarpaneele und LED-Leuchten für Wirbelsturm- und Gemeinschaftsunterkünfte, Ersatzteile für Kettensägen, die bereits früher gespendet wurden, Lehrmaterial für das Ministerium für kulturelle Entwicklung und für das Konfuzius-Zentrum am Campus der Universität des Südpazifiks (USP) auf den Cook-Inseln. *(Cook Islands News 18.07.24)*

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Marquesas-Inseln sind neue Welterbe-Stätte

Frz.-Polynesien: Die Marquesas-Inseln in Französisch-Polynesien sind jetzt Teil der UNESCO-Welterbeliste.

Die Anerkennung durch die Vereinten Nationen erfolgte Ende Juli auf der 46. Sitzung des Welterbekomitees der UNESCO in Neu-Delhi (Indien).
Die Einstufung von „Te Henua Enata" (so die Inseln in der Lokalsprache) als Welterbe basiere sowohl auf kulturellen als auch auf natürlichen Werten, so die UN-Organisation. Bei den Inseln handle es sich *„um ein außergewöhnliches Zeugnis der territorialen Besetzung des Marquesas-Archipels durch eine menschliche Zivilisation, die um das Jahr 1.000 n. Chr. auf dem Seeweg ankam und sich auf diesen isolierten Inseln zwischen dem 10. und dem 19. Jahrhundert entwickelte“,* so der Ausschuss des Welterbekomitees.
Die Inseln seien außerdem ein Hotspot der biologischen Vielfalt, hieß es weiter. Die Inselgruppe sei ein bedeutendes Zentrum für endemische Arten und beherberge eine seltene und vielfältige Flora, eine Vielzahl von emblematischen Meeresarten und eine der vielfältigsten Seevogelarten im Südpazifik, hieß es weiter in der Begründung der Jury.

Die marquesanischen Gewässer seien praktisch frei von menschlicher Ausbeutung und gehörten zu den letzten marinen Wildnisgebieten der Welt.
Das nun zum Welterbe ernannte

Gebiet umfasst auch archäologische Stätten, die von Trockenmauerstrukturen bis hin zu steinernen Skulpturen und Gravuren reichen.

Die Regierung von Französisch-Polynesien erklärte, man habe 30 Jahre lang auf die Anerkennung durch die UNO hingearbeitet. Der Präsident von Französisch-Polynesien, Moetai Brotherson, meinte: *„Jetzt müssen wir sicherstellen, dass diese Klassifizierung lebendig bleibt. Wir müssen uns um die Stätten kümmern und alle Regeln der UNESCO-Klassifizierung umsetzen.“*
Der französische Präsident Emmanuel Macron, der die Insel Hiva Oa im Jahr 2021 besucht hatte und seitdem die UN-Klassifizierung der Marquesas-Inseln unterstützte, schrieb auf X: *„Was für ein Stolz für Frankreich!"*

Info: Nach der Kulturlandschaft von Taputapuātea im Jahr 2017 ist dies erst das zweite von der UNO aufgelistete Welterbe in Französisch-Polynesien.
(Radio NZ Intern. 29.07.24, https://whc.unesco.org/en/list/1707)

Keine Teilnahme am FestPAC

Pitcairn: Als dritter Pazifikstaat nach Neukaledonien und Vanuatu hat auch das britische Überseegebiet seine Teilnahme am *13th Festival of Pacific Arts and Cultures* (FestPAC) in Hawai'i absagen müssen. Die knapp 50 Einwohner*innen der Pitcairn-Inseln könnten die Teilnahme an diesem vierjährigen bedeutenden Kunst- und Kulturfestival aus finanziellen und logistischen Gründen nicht stemmen, hieß es. Neukaledonien hatte seine Absage an der Teilnahme mit den Unruhen begründet, Vanuatu mangelte es schlichtweg am Geld. *(Hawai'i Public Radio 07.06.24)*

Neue Forschungsergebnisse zur Osterinsel

Rapa Nui: Der angebliche Bevölkerungszusammenbruch auf der Osterinsel wird durch neuere Erkenntnisse entkräftet, die zeigen, dass die Insel trotz begrenzter Ressourcen durch innovative landwirtschaftliche Methoden eine stabile Bevölkerung von etwa 3.000 Menschen ernähren konnte.
Historiker hatten die Theorie aufgestellt, dass die Menschen auf der Osterinsel über ihre ökologischen Verhältnisse lebten und alle Bäume fällten, um riesige Steinstatuen zu bauen. Die Bevölkerung brach zusammen und schrumpfte auf ein paar tausend Menschen, als die Europäer die Osterinsel 1722 „entdeckten“.

Eine neue Studie, die jetzt in der Zeitschrift *Science Advances* veröffentlicht wurde, entlarvt diesen Mythos jedoch und zeigt, dass es auf Rapa Nui ursprünglich nie viele Menschen gab.

Forscher aus Binghamton setzten moderne Technologie ein, um die Anzahl der Steingärten auf der Insel und die Nahrungsmittelproduktion von Rapa Nui vor dem Kontakt mit den Europäern genauer zu bestimmen. Zu den Co-Autoren der Studie gehören Carl Lipo, Professor für Anthropologie und Umweltwissenschaften, Robert J. DiNapoli, Spezialist für Forschungsentwicklung im Bereich Umweltstudien, und Dylan S. Davis, Anthropologe.

Die Vulkaninsel entstand durch Eruptionen vor einer Million Jahren, so dass der Regen genügend Zeit hatte, Kalium, Phosphor und Stickstoff wegzuspülen, die Pflanzen für ihr Wachstum benötigen, so Lipo. Die salzhaltige Gischt des Ozeans beeinträchtigte die Bodenfruchtbarkeit zusätzlich. *„Die Böden auf Rapa Nui waren nie besonders produktiv“,* erklärte Lipo. *„Als die Menschen die Insel erreichten, mussten sie mit diesen Einschränkungen zurechtkommen.“*

Eine Methode zur Urbarmachung war die Brandrodung, bei der die Bäume der Insel gefällt wurden. Dadurch wurden dem Boden vorübergehend Nährstoffe zugeführt, aber als die Bäume ausgingen, griffen die Inselbewohner zu anderen Methoden: Kompostierung von Pflanzenabfällen und Steinmulch.

Die Fruchtbarkeitsvorteile des Kompostierens reichen nicht aus, um die Nahrungsmittelversorgung einer Kultur zu sichern. Felsmulch schon - aber das war ein sehr arbeitsintensiver Prozess. Die Inselbewohner brachen Teile des freiliegenden Gesteins ab und brachten diese Steinbrocken in den Boden ein, der dadurch wieder mit Nährstoffen versorgt und vor weiterer Verwitterung geschützt wurde.

Gesteinsmulch wird traditionell auch an anderen Orten verwendet, z. B. bei den Maori in Neuseeland, den indigenen Völkern im amerikanischen Südwesten und in den Niederlanden, so Professor Lipo. *„Wir machen es selbst mit nicht-organischem Dünger; im Wesentlichen benut-*

zen wir Maschinen, um Gestein in kleine Stücke zu zerkleinern, was sehr effektiv ist, weil es eine große Oberfläche freilegt“, sagte Lipo. *„Die Menschen auf Rapa Nui machten das von Hand, indem sie buchstäblich Steine zerkleinerten und sie in die Erde steckten.“*

In den Gärten konnten zwar auch Taro und Süßkartoffeln angebaut werden, aber die Hauptanbauprodukte waren Süßkartoffeln in Dutzenden von verschiedenen Sorten, so DiNapoli. Nicht jeder Steinhaufen ist jedoch ein antiker Garten.
Als die Europäer die Insel zum ersten Mal entdeckten, berichteten sie, dass 10 % des Landes von Gärten bedeckt waren. Forscher haben sich bisher auf Satellitenbilder verlassen, um Steingärten zu kartieren, was jedoch zu Fehleinschätzungen führte. Davis nutzte Satellitenbilder im kurzwelligen Infrarotbereich (SWIR) und maschinelles Lernen, um eine genauere Schätzung zu erstellen: Etwa 180 Hektar waren mit Mulchsteinen bedeckt, viel weniger als bisher angenommen.

Anhand der aktualisierten Schätzung der Anzahl der Gärten errechneten die Forscher, dass zur Zeit des europäischen Kontakts etwa 3.000 Menschen auf Rapa Nui lebten. Die frühesten europäischen Berichte weisen auf eine Bevölkerung von 3.000 bis 4.000 Menschen hin, was mit den auf der Insel entdeckten Artefakten übereinstimmt, so Lipo.

„Was wir hier sehen, ist, dass die Insel aufgrund ökologischer Zwänge von Anfang an nicht so viele Menschen ernähren konnte“, sagte Davis. *„Die Menschen veränderten ihre Landschaften, um die Menge dessen, was sie intensiv kultivieren konnten, zu erhöhen, und diese Zahl war immer noch sehr gering. Dies ist kein Beispiel für eine ökologische Katastrophe, sondern dafür, wie die Menschen trotz begrenzter natürlicher Ressourcen lange Zeit auf ziemlich nachhaltige Weise überlebten.“*

Die falschen Vorstellungen über die Bevölkerungszahl der Insel rühren von den großen und auffälligen Moai-Statuen her, so Lipo, und von der Annahme, dass es große Gruppen von Menschen braucht, um solche Statuen zu errichten.

*(https://scitechdaily.com/popular-myth-debunked-new-findings-rewrite-easter-islands-history/, Referenz: „Island-wide characterization of agricultural production challenges the demographic collapse hypothesis for Rapa Nui (Easter Island)“ von Dylan S. Davis, Robert J. DiNapoli, Gina Pakarati, Terry L. Hunt und Carl P. Lipo, 21. Juni 2024, Science Advances.
DOI: 10.1126/sciadv.ado1459)*

HAWAI'I

Weltkriegsdenkmal soll renoviert werden

Das *Waikiki Natatorium War Memorial*, das sich zwischen dem Waikiki Aquarium und dem Kaimana Beach befindet, ist die einzige Gedenkstätte auf Hawai‘i, die dem Ersten Weltkrieg und den 10.000 Hawai‘ianern gewidmet ist, die dort gedient haben. Das Denkmal ist ein Salzwasserschwimmbad im Freien und wird an der landzugewandten Seite von einem weißen Torbogen mit der Aufschrift „The War Memorial“ eingerahmt.

Es wurde am 24. August 1927, neun Jahre nach Kriegsende, am Geburtstag der Surflegende Duke Kahanamoku eröffnet. Auf der anderen Seite des Torbogens dieses Denkmals befindet sich ein 100 Meter langes und 40 Meter breites Salzwasserschwimmbecken, in das Kahanamoku am Eröffnungstag als Erster sprang.
Das Schwimmbad wurde jahrelang vernachlässigt und ist aus Sicherheitsgründen seit 1979 geschlossen.
Donna Ching ist Vizepräsidentin der *Friends of the Natatorium*, die sich für die Wiedereröffnung des Schwimmbads einsetzen. Sie war noch als Kind in dem Schwimmbad geschwommen.

Die Wiedereröffnung des Bades stand Anfang der 2000er Jahre kurz bevor, als unter der Regierung von Honolulus Bürgermeister Jeremy Harris Verbesserungen vorgenommen wurden. Doch 2005 trat Mufi Hannemann sein Amt als Bürgermeister an und stoppte alle Reparaturarbeiten.
Der derzeitige Bürgermeister von Honolulu, Rick Blangiardi, und seine Verwaltung haben jetzt angekündigt, sich für die Renovierung des Denkmals einsetzen zu wollen.
„Es ist wichtig, dass wir unsere Gedenkstätten für den Ersten Weltkrieg nicht verfallen lassen, sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne“, sagte Andy Sugg, der Stabschef des Bürgermeisters. *„Das ultimative Ziel ist es, das Badehaus zu sanieren, damit die Menschen dort wieder schwimmen können.“*

Die Gedenkstätte wird nicht abgerissen und neu aufgebaut, sondern saniert. Der Torbogen soll intakt bleiben. Einige Bereiche, wie z. B. die Tribüne und die Zaunmauer, sollen repariert werden. Die unter Wasser liegenden Teile der Ufermauer sollen entfernt und ersetzt werden. *„Dies ist ein gewaltiges Projekt“,*

sagte Sugg, *„man baut buchstäblich im Meer.“*
Das Projekt befindet sich derzeit in der Entwurfsphase. Die Ingenieure sind dabei, die Pläne fertigzustellen. Sugg sagte, er hoffe, dass dieser Schritt im nächsten Jahr abgeschlossen sein wird und dann mit dem Bau begonnen werden kann. Die Kosten für die Reparaturen, so schätzt er, werden sich auf 30 bis 35 Millionen Dollar belaufen. *„Die Freunde des Natatoriums werden die Mittel für den Großteil der Bauarbeiten aufbringen“,* erklärte Sugg. *(https://www.sfgate.com/hawaii/article/hawaii-waikiki-natatorium-19740316.php 09.09.24)*

Zuschuss fördert Erhalt des Honigkriechers

Ein Zuschuss wird einem Wiederaufbauprojekt auf der Insel Kaua‘i helfen, die verheerenden Auswirkungen der Vogelmalaria auf den *hawai‘ianischen Honigkriecher* zu bekämpfen. Die *U.S. National Science Foundation* (NSF) und die *Paul G. Allen Family Foundation* haben dem *Kaua'i Forest Bird Recovery Project* 644.758 Dollar bewilligt, um die Forschung zur Bekämpfung der invasiven Moskitos, die Malaria übertragen, voranzutreiben. Ein Teil der Bemühungen umfasst die Einführung von Moskitos, denen Bakterien injiziert wurden, die sie sterilisieren, in die Populationen. Diese veränderten Moskitos vermehren sich mit den Malaria-übertragenden Mücken, produzieren aber nicht lebensfähige Nachkommen.

Honigkriecher wie der 'akikiki (Oreomystis bairdi) und der 'akeke'e (Loxops caeruleirostris) gehören zu den am stärksten gefährdeten Vögeln in den USA, da sich invasive, malariaübertragende Stechmücken mit Hilfe des Klimawandels in höhere Lagen von Kaua'i ausbreiten.

Info: Honigkriecher (auch: Bienenfresser) sind eine von vier Arten tropischer Vögel der westlichen Hemisphäre aus der Familie der Thraupidae und der Ordnung Passeriformes. Viele Honigkriecher ernähren sich von Nektar. Alle Bienenfresser sind klein, und viele haben dünne, nach unten gebogene Schnäbel; die Zunge ist bürstig und kann doppelt gefiedert sein. Die meisten sind leuchtend gefärbt, vor allem die Männchen. *(The Wildlife Society 10.09.24, https://grainofsound.org/honigkriecher/)*

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Investitionen in Energiesektor von Niue

Neuseeland wird 20,5 Millionen Dollar in ein neues, groß angelegtes Energieprojekt investieren, das es der Insel Niue ermöglichen wird, 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen.

Diese Zusage wurde Anfang Juni in Niue gemacht, als der neuseeländische Premierminister Christopher Luxon mit dem Niue-Premierminister Dalton Tagelagi in der Hauptstadt des pazifischen Inselstaates, Alofi, zusammentraf.

Luxon sagte, dass Neuseeland außerdem zwei Millionen Dollar für den *Ocean Wide Trust* (NOW) in Niue bereitstellen werde, um die Entwicklung einer widerstandsfähigen „Blauen Wirtschaft“ zu unterstützen und die langfristige Erhaltung der Ozeane und die Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel sicherzustellen.

Die Gelder seien ein Geschenk Neuseelands an Niue angesichts seines 50. Jahrestages der Selbstverwaltung, wie der Premier erläuterte. Die isoliert gelegene Koralleninsel Niue ist seit 1974 selbstverwaltet, aber Teil des neuseeländischen Staatsgebiets. Die Niueaner haben die neuseeländische Staatsbürgerschaft.
(https://pmn.co.nz/read/pacific-region/nz-invests-usd20-5m-in-niue-s-energy-sector 05.06.24)

Hohe Lebenshaltungskosten führen zu Abwanderung

Trotz seines internationalen Images als fortschrittlicher Zufluchtsort erlebt Neuseeland eine Rekordabwanderung aufgrund stark gestiegener Lebenshaltungskosten, eines Mangels an Arbeitsplätzen und einer, wie junge Menschen es in den Sozialen Medien beschreiben, *„düsteren“* Atmosphäre. Hinzu kommt ein leer gefegter Immobilienmarkt und ein starker Anstieg der Mieten und Grundstückspreise. Für viele junge Neuseeländer fühlt sich Wohneigentum immer unerreichbarer an. Die Hauspreise sind in etwa siebenmal so hoch wie das Durchschnittseinkommen.

Nach vorläufigen Zahlen des neuseeländischen Statistikamtes haben 131.200 Menschen Neuseeland von Januar bis Juni 2024 verlassen, das ist die höchste Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen. Davon waren 80.200

Staatsbürger, etwa doppelt so viele wie vor der COVID-19-Pandemie. Fast 40 Prozent der Ausreisenden waren zwischen 18 und 30 Jahre alt.
Angesichts der beispiellosen Abwanderung befürchten Experten, dass viele derjenigen, die das Land verlassen, nie mehr zurückkehren werden. Neuseeland, eines der am dünnsten besiedelten Länder der Welt, hat eine lange Tradition, dass seine Bürger*innen vorübergehend ins Ausland ziehen, um dort, wie die Einheimischen es nennen, *„Auslandserfahrungen“* zu sammeln, meist in das Vereinigte Königreich oder nach Australien. Allein im Jahr 2023 zogen nach Angaben des neuseeländischen Statistischen Amtes 44.500 Neuseeländer nach Australien um.

Neben den 5,2 Millionen Neuseeländern, die im Land wohnen, leben schätzungsweise eine Million neuseeländische Staatsbürger*innen im Ausland.

In den letzten Jahren hatte Neuseeland mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.
Im Juni kehrte die Wirtschaft nach zwei Rezessionen innerhalb von 18 Monaten zum Wachstum zurück und verzeichnete ein bescheidenes vierteljährliches Wachstum von 0,2 Prozent.
Die Arbeitslosigkeit stieg im Juni-Quartal auf 4,6 Prozent, gegenüber 3,6 Prozent im gleichen Zeitraum 2023. Das Lohnwachstum lag zwar über der Inflation, verlangsamte sich aber auf 4,1 Prozent, gegenüber 4,3 Prozent im Vorjahr.
Die Gesamtinflation erreichte 2022 mit 7,3 Prozent einen Höchststand, eine der höchsten Raten in den Industrieländern, und liegt nach wie vor weit über dem von der Zentralbank angestrebten Wert von 3,3 Prozent.

In einer Analyse Anfang des Jahres stellte *World Vision* fest, dass die Kosten für Grundnahrungsmittel in Neuseeland zwischen 2022 und 2023 um 56 Prozent gestiegen sind.
(https://expatistan.com/cost-of-living/country/new-zealand, Household living costs increase 6.2 percent | Stats NZ, https://www.aljazeera.com/economy/2024/9/5/new-zealands-young-are-departing-in-record-numbers-as-cost-of-living-bites)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Volkstribunal zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in Westpapua

Großbritannien: Vom 27. bis zum 29. Juni fand für drei Tage an der *Queen Mary University* in London das *“Permanent People’s Tribunal on State and environmental violence in West Papua”* (PPT) statt. Eine Teilnahme an dem Tribunal war auch online über Zoom möglich.

An den drei Tagen berichteten knapp 30 Zeug*innen über die Menschenrechtslage und die Umweltzerstörungen in Westpapua. Aktuelle Geschehnisse wie die Gewalt der Sicherheitskräfte und die anhaltende Stationierung von Militär in Westpapua, die Situation der Binnenflüchtlinge und die Auswirkungen der Umweltzerstörungen für indigenes Leben und Überleben wurden ebenso thematisiert wie vergangene Menschenrechtsverbrechen.

Ein Großteil der Zeug*innen wurde live aus Westpapua zugeschaltet. Menschenrechtsverteidiger*innen, Anwält*innen und Zeitzeug*innen schilderten in eindrücklichen Statements ihre oftmals ganz persönlichen Gewalterfahrungen in Westpapua. Ergänzt wurden diese Aussagen mit Berichten von Vertreter*innen internationaler NGOs oder aus der Wissenschaft.

Das siebenköpfige „Richtergremium“ des PPT, welches sich aus Vertreter*innen der Rechtswissenschaft, der universitären Lehre, unabhängigen Forschungsinstituten und der Presse zusammensetzte, richtete sich im Anschluss an das PPT mit einer Nachricht an die Papuas.

Die Berichte und die Zeug*innenaussagen, *„die wir während der drei Tage dieser Sitzung gehört haben, zeichnen ein Bild einer menschlichen und ökologischen Katastrophe, die niemanden gleichgültig lassen sollte. Alle Informationen, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, können in der Tat als verheerender Angriff auf das Leben und die Lebensgrundlagen der Papuas bezeichnet werden“* so das Gremium.

Besonders der Mut der Papuas, trotz der Bedrohungen und Gewalt weiter über ihre Situation zu sprechen, beeindruckte das Tribunal. *„Mit großer Demut haben wir Ihre Zeugnisse und Ihre schmerzlichen Geschichten in Anbetracht dieser immensen Erniedrigung, Verwüstung und Straflosigkeit gelesen und gehört.“* Dieser Mut sei inspirierend

und stärkend und nehme uns alle in die Pflicht, dafür zu arbeiten, diese Stärke der Papuas zu bewahren und sie in ihrem Einsatz zu unterstützen. Man habe die Dringlichkeit zur Kenntnis genommen und betrachte alles, was die Papuas zum Schutz ihres heiligen Landes und ihrer Kultur getan haben mit großer Bewunderung, schließt das „Richtergremium“ das Statement.

Das finale „Urteil“ des PPT zu Westpapua wird für September erwartet.

Hintergrund: Bei einem „Volkstribunal“ kommen Menschen zusammen, die sich mit den Missständen in einer Gesellschaft befassen. Die Regularien eines solchen Tribunals ähneln einem „echten“ Gerichtsverfahren, das Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig. *(Westpapua-Netzwerk online 10.07.24)*

Ermordung eines Neuseeländers in Westpapua - gegenseitige Schuldzuweisungen

Westpapua: Anfang August wurde der neuseeländische Hubschrauberpilot Glen Malcolm Conning im Hochland von Westpapua erschossen *(Anmerkung: Hierbei handelt es sich nicht um den seit Februar 2023 ebenfalls entführten Neuseeländer in Westpapua)*.
Conning, der als Hubschrauberpilot beim indonesischen Luftfahrtunternehmen *PT Intan Angkasa Air Service* tätig war, flog zwei Erwachsene und zwei Kinder in das Dorf Alama, Bezirk Mimika, Provinz Zentral-Papua. Viele Dörfer in der Region sind weiterhin nur aus der Luft erreichbar. Oftmals werden für den Transport von Personen oder Gütern Hubschrauber eingesetzt, da diese auch ohne Landebahnen landen können.
Berichten zufolge wurde der Helikopter kurz nach der Landung angegriffen. Die vier indigenen Papuas blieben unverletzt. Der Neuseeländer wurde von den Angreifern erschossen.
Ein Vertreter der indonesischen Sicherheitskräfte gab an, dass es sich bei den Angreifern um TPNPB-OPM Kämpfer gehandelt habe. Diese sollen auch den Hubschrauber in Brand gesteckt haben.
Ein Sprecher der TPNPB-OPM gab jedoch an, dass er nichts von einem Angriff der TPNPB-OPM wisse. Bei der Region handele sich jedoch um ein Konfliktgebiet, vor dem die TPNPB-OPM warne, es zu betreten. Dies sei auch bekannt und werde immer wieder kommuniziert.
Auch mehrere Tage nach dem Vorfall soll es jedoch noch keine offizielle Bestätigung der TPNPB-OPM aus der Region gegeben haben, für den Angriff verantwortlich gewesen zu sein. Ein Sprecher der TPNPB-OPM forderte daher eine unabhängige Untersuchung und vermutete eine Verbindung des indonesischen Militärs zu dem Vorfall. So seien einige Angaben des Militärs zu dem Vorfall als zumindest fragwürdig zu bewerten. Laut offiziellen Angaben der Sicherheitskräfte seien der Hubschrauber und der Leichnam des Opfers in Brand gesteckt worden. Es sollen jedoch Fotos vorliegen, die das Gegenteil beweisen. Zudem verwies der TPNPB-OPM Sprecher auf einen Fall in der Vergangenheit, in dem Mitarbeiter von Freeport angegriffen wurden – auch damals kam ein neuseeländischer Bürger zu Tode.
Entgegen der offiziellen Beschuldigungen des Militärs, dass die TPNPB-OPM hierfür verantwortlich sei, soll sich später herausgestellt haben, dass indonesische Sicherheitskräfte diesen Angriff planten und von Mittelsmännern (der TPNPB-OPM) durchführen ließen.
Der Angriff in Alama erfolgte kurz nachdem bekannt wurde, dass die TPNPB-OPM sich dazu bereit erklärt habe, den seit Februar 2023 entführten neuseeländischen Piloten Philip Mehrtens freizulassen. Daher mehren sich auch dahingehend Stimmen, dass der neueste Angriff auf einen ausländischen Bürger in Westpapua auch dazu diene, das Bild der TPNPB-OPM weiterhin negativ zu halten.

Lokale und internationale NGOs fordern eine offizielle Untersuchung des Falls. Eine gegenseitige Schuldzuweisung der Konfliktparteien trage nicht zur Friedensbildung in Westpapua bei. Um die Sicherheit von Piloten in der Region zu garantieren, müsse zudem darüber nachgedacht werden, Flugpläne und Infos über Gründe der Flüge mit mehreren Akteur*innen in Westpapua abzustimmen. Geschehe dies nicht und mehren sich solche Vorfälle, die Unklarheit und Emotionen mit sich bringen, werde dies nur noch weitere negative Folgen für die Zivilbevölkerung in Westpapua haben. *(Westpapua-Netzwerk online 04.09.24)*

Menschenrechtsverteidiger angeschossen

Westpapua: Am 17. Juli wurde auf offener Straße auf den Anwalt und Menschenrechtsaktivisten Yan Christian Warinussy ge-

schossen. Er wurde durch eine Kugel – mutmaßlich ein Luftgewehrprojektil – an der Flanke verletzt, überlebte den Angriff jedoch.

Warinussy ist in Westpapua ein angesehener Anwalt und setzt sich seit vielen Jahren für den Menschenrechtsschutz in Westpapua ein. Er leitet das Forschungsinstitut für „Legal Aid Assessment and Development" (LP3BH) in Manokwari. 2005 wurde er für seinen Einsatz mit dem in Kanada verliehen *John Humphrey Freedom Award* geehrt. Mit dieser Auszeichnung wurden seine Bemühungen gewürdigt, grobe Menschenrechtsverletzungen in Westpapua aufzudecken und die Rechte der Ausgegrenzten zu verteidigen, obwohl er selbst immer wieder eingeschüchtert und bedroht wurde.
Warinussy hat bereits mehrfach an Tagungen des Westpapua-Netzwerkes und anderer Nichtregierungsorganisationen in Deutschland teilgenommen und in seinen Redebeiträgen durch seine sachliche Art und fachliche Expertise überzeugt.

Erst Ende Juni 2024 hatte Yan Christian Warinussy das Eingangsstatement zu der Geschichte Westpapuas im Rahmen des „*Permanent People's Tribunal on State and Environmental Violence in West Papua*" (PPT) in Großbritannien abgegeben. Sein Aufruf an das Richtergremium in London: *„We hope to bring Justice".*

Zwei Tage nach dem Angriff auf Warinussy veröffentlichte das Generalsekretariat des PPT eine schriftliche Stellungnahme zu dem Fall und betonte die zentrale Bedeutung seiner Rede *„um die Kontinuität der vergangenen und gegenwärtigen Gewalt gegen die wehrlose Zivilbevölkerung und die Umwelt in der Region zu verdeutlichen."* Weiter schreibt das Generalsekretariat des PPT:

*„Wir können nicht umhin, den Angriff vom Mittwoch, der glücklicherweise erfolglos blieb, mit der ständigen Gefahr in Verbindung zu bringen, der Menschenrechtsverteidiger*innen aufgrund ihrer Arbeit zur Aufdeckung der äußerst kritischen Situation in der Region ausgesetzt sind, wie unter anderem von mehreren Einrichtungen der Vereinten Nationen berichtet wurde.*
*Auch das Richtergremium des PPT erkannte dieses Risiko in der unmittelbar nach Abschluss der öffentlichen Anhörung abgegebenen Erklärung an und bescheinigte den Zeug*innen und Ankläger*innen extremen Mut bei ihrer legitimen Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit in Westpapua.*

*Das Generalsekretariat der PPT drückt nicht nur seine tiefe Verurteilung derjenigen aus, die materiell und mehr noch institutionell für den Angriff verantwortlich sind, sondern erklärt auch, dass dieses Ereignis für das endgültige Urteil des Richtergremiums untersucht werden wird, um die Situation der Verwundbarkeit von Menschenrechtsverteidiger*innen in Westpapua sichtbar zu machen und gleichzeitig die Anerkennung der unantastbaren Rechte der Völker Westpapuas auf ein Leben in Würde zu bekräftigen.*

*Das PPT schließt sich der Empörung an, die viele nationale und internationale Organisationen in diesen Stunden zum Ausdruck bringen, und fordert die [indonesische, Anm. d. WPN] Regierung auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Vorfälle unparteiisch zu untersuchen und das Leben und die Unversehrtheit von Warinussy und den Menschenrechtsverteidiger*innen in Westpapua zu schützen."*
(Westpapua-Netzwerk online 22.07.24, https://permanentpeoplestribunal.org/on-the-attack-on-yan-christian-warinussy-testimony-at-the-ppt-session-on-west-papua/?lang=en)

Militär erschießt Zivilisten

Westpapua: Der bewaffnete Konflikt in Westpapua fordert immer mehr zivile Opfer. Mitte Juli kam es bei einer Razzia des indonesischen Militärs im Bezirk Mulia, Landkreis Puncak Jaya, Provinz Zentral Papua, zu der Tötung von drei männlichen Papuas. Das Militär war auf der Suche nach einem bekannten TPNPB-OPM Kämpfer und eröffnete das Feuer. Während der Gesuchte flüchten konnte, wurden drei Zivilisten, die sich in unmittelbarer Nähe aufhielten, von den Kugeln getroffen und tödlich verletzt.
Das Militär erklärte nach dem Vorfall, dass es sich auch bei den drei Opfern um TPNPB-OPM Mitglieder handelte – eine Erklärung, die fast immer abgegeben wird, wenn Sicherheitskräfte unbeteiligte Zivilist*innen attackieren und verwunden oder sogar töten. Die Familien der Getöteten und auch die vor Ort ansässige Kirche widersprachen diesen Aussagen.

Berichten zufolge eskalierten die Trauer und Wut der Hinterbliebenen. Polizei- und Militärfahr-

zeuge wurden in Brand gesteckt. Auch unbeteiligte, nicht-indigene, Zivilist*innen wurden angegriffen. Letzteres ist ein Merkmal der zunehmenden horizontalen Gewalt in Westpapua. *(Westpapua-Netzwerk online 23.07.24)*

AUSTRALIEN

Australien fördert Bildung auf den Salomonen

Australien hat SBD 29 Millionen Dollar für 40 Schulen auf den Salomonen bereitgestellt, wie Außenministerin Penny Wong im Juni bekanntgab. Ein Teil der Investition betraf die Übergabe eines Labors im Wert von SBD 1,5 Millionen an die Mbokona-Schule in West-Honiara.
Die australische Regierung habe zudem das Kinderhilfswerk UNICEF bei der Einführung von Wasser- und Sanitärprojekten an 30 Schulen auf den Russell-Inseln unterstützt, erklärte Wong.

Senatorin Wong kündigte außerdem die Finanzierung von 494 Stipendien für die technische und berufliche Bildung an, um den Bewohner*innen der Salomonen die Fähigkeiten und Qualifikationen zu vermitteln, die sie benötigen, um auf den Salomonen oder auch im Ausland Arbeit zu finden.
Die Ausbildungs-Stipendien sind eine Ergänzung zu Australiens langjährigem Qualifizierungsprogramm, der *Australia Pacific Training Coalition* (APTC), in dessen Rahmen über 2.566 Absolventen in ländlichen Ausbildungszentren in den Provinzen Guadalcanal, Malaita, Western und Isabel ausgebildet wurden.
Ministerin Wong: *„Australien hat durch seine Entwicklungspartnerschaft mit den Salomonen zur Schaffung von mehr als 14.700 Arbeitsplätzen beigetragen, unter anderem durch das Programm Pacific Australia Labour Mobility (PALM).“* *(In-Depths Solomons 06.06.24)*

Handys dürfen in der Freizeit abgeschaltet werden

Das neue Gesetz *„Fair Work Legislation Amendment“* ist im Februar des Jahres vom australischen Parlament verabschiedet worden und jetzt in Kraft getreten. Beschäftigte in mittleren und großen Unternehmen können ihre Mobiltelefone ab sofort nach Dienstschluss abschalten und müssen für ihre Vorgesetzten nicht mehr erreichbar sein. Auch Kontaktversuche des Arbeitsgebers über Emails sind nicht mehr zulässig. Ausnahme ist ein arbeitsbedingter Notfall oder eine große Krise im Geschäft.

Der australische Premierminister Anthony Albanese erklärte, die Nicht-Erreichbarkeit in der Freizeit („Right to disconnect“) sei eine Frage der psychischen Gesundheit. Menschen, die nicht 24 Stunden am Tag bezahlt würden, müssten auch nicht 24 Stunden täglich für ihre Vorgesetzten erreichbar sein.

Info: Für Angestellte in Firmen mit weniger als 15 Mitarbeitenden tritt das Gesetz erst in einem Jahr in Kraft.
(https://www.legislation.gov.au/C2024A00002/asmade/text, https://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Bills_Legislation/Bills_Search_Results/Result?bId=r7155)

Frauenporträt kehrt nach Tasmanien zurück

Das Porträt einer bedeutenden tasmanischen Frau aus dem 19. Jahrhundert, die in den 1850er Jahren dazu beitrug, die Sträflingstransporte nach Tasmanien zu beenden, wird bald in dem historischen Anwesen in Tasmanien zu sehen sein, das sie einst ihr Zuhause nannte.

Das Porträt von Frau Dorothea Pitcairn, das 1855 von dem Künstler Conway Weston Hart gemalt wurde, wurde kürzlich vom *National Trust of Tasmania* mit Hilfe des *National Cultural Heritage Account* erworben.

Dorothea Pitcairn und ihr Ehemann Robert Pitcairn waren Schlüsselfiguren der tasmanischen Gesellschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts und bekannt für ihre Bemühungen um die Beendigung der Sträflingstransporte nach Van Diemen's Land (1853 erreicht) und die Kampagne für eine verantwortungsvolle Regierung in Tasmanien (1856 erreicht).

Die Pitcairns bauten das historische Haus *Runnymede* (ursprünglich Cairn Lodge) in Hobart, das heute vom *National Trust of Australia* (Tasmanien) verwaltet wird. Das Porträt von Dorothea Picairn wird dauerhaft in Runnymede zu sehen sein. Das historische Anwesen wird im September 2024 für die Öffentlichkeit wiedereröffnet.

Der Erwerb dieses Porträts wurde durch Mittel in Höhe von 35.000 Dollar aus dem *National Cultural Heritage Account* ermöglicht, die es dem *National Trust of Tasmania* erlauben, sei-

ne Sammlung von Objekten zu erweitern, die sich auf einflussreiche Frauen in der Geschichte Tasmaniens beziehen.

Info: Der *National Cultural Heritage Account* unterstützt australische Kultureinrichtungen beim Erwerb wichtiger Stücke der australischen Geschichte, um sicherzustellen, dass diese im Land verbleiben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Organisationen können dort einen Antrag auf Finanzierung stellen. *(https://www.arts.gov.au/news/portrait-influential-tasmanian-woman-its-way-home 08.07.24)*

SPORT

Juniorenweltmeisterin im Kitesurfen

Spanien: Bei den Junioren-Weltmeisterschaften im Kitesurfen vom 5. bis 8. September im spanischen Tarifa hat die 17-jährige gebürtige Franko-Kanadierin Phoebe Rocher den ersten Preis und damit die Weltmeisterschaft gewonnen. Im letzten Jahr hatte sie noch den dritten Platz auf dem Siegertreppchen belegt. Rocher lebt seit vier Jahren in Neukaledonien und startete für die französische *Sailing Federation*.

Der aus Neukaledonien stammende amtierende Weltmeister Antoine Ollivier konnte seinen Kitesurfer-Titel bei der U19 Weltmeisterschaft nicht verteidigen und landete nur auf Rang 2. Der knapp 19-jährige surft seit seinem 13 Lebensjahr mit dem Kite-Drachen. *(France Info 10.09.24, https://www.phoeberocher.com/)*

Extremruderin erreicht Majuro

Marshall-Inseln: Nach 41 Tagen und 2.000 Seemeilen über das offene Meer hat die australisch-neuguineische Extremsportlerin Liz Wardley mit ihrem eigens angefertigten Ruderboot „*Mighty Tic Tac*“ Majuro erreicht. Wardley war in der Hanalei Bucht auf Hawai'i losgerudert und wollte ursprünglich in ihren Geburtsort Rabaul (Insel Neubritannien, Papua-Neuguinea) rudern. Aus Sicherheitsgründen musste sie ihre Fahrt jedoch auf den Marshall-Inseln abbrechen.

Info: Mit „nur“ 41 Tagen auf See konnte Wardley ihren persönlichen Rekord - eine Atlantiküberquerung im Ruderboot von La Gomera (Kanaren) bis Antigua & Barbuda in 44 Tagen- nicht brechen. *(Marshall Islands Journal 06.09.24, https://lizwardley.com/)*

Fidschi gewinnt beim Siebener-Rugby Silber

Aus **Fidschi** kommt die einzige Mannschaft einer Pazifikinsel, die bei den Olympischen Spielen 2024 eine Medaille gewonnen hat, dank ihrer Männermannschaft. Sie holte Silber im Siebener-Rugby.
Die Spiele in Paris (und Tahiti) gingen nach mehr als zwei Wochen Wettkampf zu Ende, in denen die Athlet*innen der Pazifikinseln eine Mischung aus enttäuschenden und besser als erwarteten Leistungen zeigten.

Die Siebener-Mannschaft der Fidschi-Inseln überraschte viele, weil sie trotz einer schwachen Vorrunde ins Finale des Rugby-Wettbewerbs einzog, während ein Goldmedaillengewinner, der Boxer Teremoana Teremoana, der aus Australien und den Cook-Inseln kommt, nach einem K.o.-Sieg in seinem Vorkampf die Aufmerksamkeit der Boxwelt auf sich zog.
„Als jemand, der aus dem Pazifik stammt, war es erstaunlich zu sehen, wie sich die anderen pazifischen Länder gegenseitig unterstützten“, meinte der ABC-Pazifik-Korrespondent Johnson Raela zu dem Sportsgeist der pazifik-Insulaner*innen.
„Ich war beim Gewichtheben dabei und die Menschen aus dem Pazifikraum sind gekommen ... und haben die Flaggen der anderen teilnehmenden Länder gehalten.“ (Artikel von Rebecca Frosch, PPO-Referat. www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat)

Australische Breakdancerin Raygun bricht nach Olympia-Teilnahme ihr Schweigen

Frankreich/Australien: Rachael („Raygun“) Gunns Auftritt in Paris erregte weltweites Aufsehen, als ihre Tanzbewegungen und ihre Uniform stark kritisiert wurden. Die Akademikerin von der Macquarie University, die sich mit der Kulturpolitik des „Breakens“ beschäftigt, sagte in ihrem ersten Interview, dass sie psychologische Unterstützung benötigt habe. *„Es gab eine Reihe von sehr wütenden und schrecklichen Reaktionen, die nicht nur mich, sondern auch meinen Mann, meine Crew, die Breaking- und Streetdance-Community in Australien und meine Familie angriffen“,* sagte sie gegenüber *The Project*. *„Die Energie und die Wut, die die Leute hatten, war ziemlich alarmierend.“*

Gunn inspirierte auch einen Sketch des US-Komikers Jimmy Fallon, sagte aber, sie sei *„noch nicht in der Lage, den Sketch zu sehen“.*
Die 36-Jährige reagierte auf die Ablehnung innerhalb der Breaking Community, dass sie die Entwicklung des Sports zurückgeworfen habe. *„Es ist wirklich traurig, diese Kritik zu hören“,* sagte sie. *„Und es tut mir sehr leid, dass die Community einen Rückschlag erlitten hat, aber ich kann nicht kontrollieren, wie die Leute reagieren.“*

Zu den kritisierten Moves in Gunns Routine gehörten die Schlange, das Känguru und der Sprinkler, die sie in einem australischen Team-Polo und einer Trainingshose mit hoher Taille vorführte.
Mehr als 40.000 Menschen unterzeichneten eine anonyme Change.org-Petition, in der behauptet wurde, Gunn habe die olympischen Qualifikationsverfahren „manipuliert“. In der Petition wird behauptet, Gunn habe ihren eigenen Dachverband für Breakdance gegründet, um sich für die Spiele zu qualifizieren, und Gelder missbraucht. Die Unterzeichnenden forderten eine Entschuldigung von ihr und der Pariser Chef de Mission, Anna Meares.

Gunn und der Chef des *Australischen Olympischen Komitees* (AOC), Matt Carroll, wiesen die Petition zurück und verlangten, dass sie gelöscht wird. Das AOC stellte in einer Erklärung klar, dass die Qualifikationsveranstaltung im Oktober 2023 in Sydney vom internationalen Dachverband der Sportart, der *World DanceSport Federation*, durchgeführt und vom Internationalen Olympischen Komitee genehmigt wurde. Die Jury wurde von der Föderation ausgewählt und bestand aus neun unabhängigen internationalen Richtern, so das AOC.
In dem Interview sagte Gunn, sie habe sich ganz offiziell für die Olympischen Spiele qualifiziert, indem sie die Ozeanien-Qualifikation gewann, bei der sie die Wertungsrichter nicht kannte.

Info: Rachael Louise Gunn (* 2. September 1987 in Hornsby, New South Wales) ist eine australische Kulturanthropologin und professionelle Breakdancerin. Sie lehrt und forscht seit ihrer Promotion am Institut für Medien, Kommunikationswissenschaft, Kunst, Sprache und Literatur an der Kunstfakultät der Macquarie University. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Breakdance, Streetdance, Hip-Hop, Jugendkulturen, Gender Studies und Politik. Gunn ist mit dem Breakdancer Samuel Free verheiratet.
(Artikel von Rebecca Frosch, PPO-Referat.
www.msn.com/en-nz/news/other/olympics-2024-australian-breakdancer-raygun-breaks-silence-after-olympics-saga/ar-AA1q05Oc?ocid=BingNewsSerp, Wikipedia)

Carlos Yulo holt historische Goldmedaille im Bodenturnen

Philippinen: Der philippinische Turner Carlos Yulo trug sich am 3. August erneut in die Rekordbücher ein und gewann die Goldmedaille im Finale des Bodenturnens der Männer bei den Olympischen Spielen in Paris 2024.
Yulo erhielt 15.000 Punkte, nachdem er seinen Abgang mit einer dreieinhalbfachen Schraube perfekt in den Stand geturnt hatte. Er genoss den Moment auf dem Podium und stemmte beide Fäuste in die Luft, bevor er die Kampfrichter verabschiedete. Später grüßte er die Fans im Publikum und legte seine Hände an sein Herz.
„Ich bin so überwältigt. Ich bin so dankbar für diese Medaille und für Gott. Er hat mich beschützt, wie immer“, sagte er anschließend. *„Er hat mir die Kraft gegeben, diese Leistung zu erbringen und so gut abzuschneiden.“*

Silber ging an den israelischen Tokio-2020-Sieger Artem Dolgopyat (14,966), Bronze an den Briten Jake Jarman (14,933).

Es ist die erste Medaille für die Philippinen im Bodenturnen und erst das zweite olympische Gold überhaupt, nachdem Hidilyn Diaz in Tokio 2020 im Gewichtheben der Frauen bis 55 kg gewonnen hatte.
„Ich bin dankbar für die Leute, die mich wirklich unterstützt haben. Ohne sie hätte ich es nicht geschafft“, sagte der 24-jährige Turner Yulo nach seinem Sieg.
(Artikel von Rebecca Frosch, PPO-Referat.
www.olympics.com/en/news/carlos-yulo-delivers-clutch-routine-for-historic-floor-exercise-gold-medal)

„TOK BILONG PASIFIK“

Mangelhafte Klimawandel-Literatur aus Ozeanien

Neuseeland: Eine in Neuseeland ansässige Forscherin beklagt die große „pazifische“ Lücke in der Literatur über den Klimawandel. Menschen aus dem Pazifik, die an vorderster Front des Klimawandels stehen, würden noch zu wenig wahrgenommen und über sie würde noch zu wenig geschrieben, so Dr. Tracie Mafile'o von *Mana Pacific Consultants*. Sie und ihr Team haben generationenübergreifende Geschichten in Kiribati, Papua-Neuguinea, den Salomonen, Tokelau, Tonga und Tuvalu aufgezeichnet.

„Bevor wir mit diesem Projekt begonnen haben, haben wir im Rahmen der Planung eine umfangreiche Literaturrecherche zum Thema Klimamobilität durchgeführt", sagte sie.

Dr. Mafile'o erklärt Klimamobilität als *„Situationen, in denen die Menschen aufgrund der Klimaauswirkungen umziehen müssen oder sich entscheiden, trotz der Klimaauswirkungen an Ort und Stelle zu bleiben".*

„Wir haben festgestellt, dass es eine große Lücke gibt, nicht nur in der Klimamobilität, sondern auch in der Klimaliteratur, zwischen den Stimmen der Menschen im Pazifik, die an vorderster Front des Klimawandels stehen, und den Menschen in den Industrienationen, die den Klimawandel eigentlich verschulden.“
Im Rahmen ihres Projektes befragten die Wissenschaftlerin und ihr Team Menschen im ganzen Pazifik nach den von ihnen persönlich beobachteten Folgen des Klimawandels. *„Einige der Auswirkungen, von denen wir gehört haben, betrafen die Ernährungssicherheit. Wir haben Küstengemeinden, die sich seit Generationen auf die Fischerei als Proteinquelle verlassen haben, und dennoch ist das Fischangebot jetzt viel geringer oder die Fische sind kleiner. Sie müssen weiter hinaus in gefährlichere Meere fahren, um zu fischen“,* erklärte Mafile'o eines ihrer Ergebnisse.
Die Menschen im Pazifik seien schon seit jeher sehr anpassungsfähig, so die Forscherin, aber derzeit würden immer mehr Gemeinden ernsthaft über eine Umsiedlung in sichere Regionen nachdenken. Das sei wirklich dramatisch für die Betroffenen, da sie z.B. die Gräber ihrer Verstorbenen zurücklassen müssten. *(https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/525252/more-pacific-voices-needed-in-climate-literature-researcher 15.08.24)*

Workshops zur Wiederbelebung von Traditionen

Marshall-Inseln: Das *„Cultural and Preservation Office*" der Marshall-Inseln hat im Monat August mehrere Workshops in Kunsthandwerk und Fischerei angeboten. Expert*innen im Matten weben, Fischnetze herstellen und reparieren, Körbe flechten und im Kanubau gaben ihr Wissen an interessierte Teilnehmende kostenlos weiter. Es gab auch Workshops im Blumen stecken und im Seekarten lesen, sowie Informationen dazu, wie das Wetter vorhergesagt und eingeschätzt werden kann.
Ziel der sechsteiligen Veranstaltungsreihe war es, vor allem junge Menschen wieder für die Traditionen der Marshall-Inseln und das Kunsthandwerk zu begeistern. *(Marshall Islands Journal 16.08.24)*

IN MEMORIAM

† Tupeni Baba, fidschianischer Politiker

Fidschi: Am 14. Juli 2024 ist der frühere fidschianische Politiker und Akademiker Tupeni Baba im Alter von 82 Jahren gestorben. Als Mitglied der fidschianischen *Labour-Party* war er in der Jahren 1987 und 2000 zweimal Minister – in beiden Fällen wurde die Regierung durch Putsche zu Fall gebracht, im Jahr 1987 durch den damaligen Militärchef und heutigen Premierminister Sitiveni Rabuka.
Im Jahr 2000 gehörte Baba zu denjenigen, die mehr als 50 Tage lang während eines zivilen Putschs unter dem Geschäftsmann George Speight im Parlamentsgebäude als Geisel gehalten wurde. Unter anderem war er Außenminister, Bildungsminister und Minister für Sport. Später gründete er mit der *New United Labour Party* eine eigene neue Partei, bevor er schließlich auch an der Gründung der heutigen Regierungspartei *SODELPA* beteiligt war. Außerdem arbeitete er nach seiner Zeit in der Politik jahrelang in der Wissenschaft, verfasste zahlreiche Aufsätze über Politik in Fidschi und unterrichtete an der *University of the South Pacific*.

Bei der Zeremonie zu seiner Beerdigung würdigten frühere Weggefährten Baba, darunter der frühere Premierminister Mahendhry Chaudhry. Baba sei ihm stets ein Freund gewesen, auch nachdem sich ihre politischen Wege getrennt hätten. Hervorgehoben wurde unter anderem auch, dass Baba stets seinen eigenen Weg gegangen und für seine eigenen Positionen eingestanden sei, selbst wenn das bedeutet habe, dass er sich in einzelnen Fragen gegen seinen eigenen Premierminister habe stellen müssen.
Vize-Premierminister Biman Prasad unterstrich nicht nur die politische Bedeutung von Baba, sondern vor allem sein Lebenswerk als früherer Kollege an der *University of the South Pacific*. Er sei eine der wichtigsten Persönlichkeiten des fidschianischen Bildungssystems der letzten Jahrzehnte gewesen und habe trotz all dem, das er in der Politik erlebt habe, nie Bitterkeit gezeigt, sondern stets konstruktiv an der Zukunft arbeiten wollen.
(Artikel von Oliver Hasenkamp, Berlin. Radio New Zealand 19.07.24)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

Erzbischof warnt vor Drogenmissbrauch

Fidschi: Das Oberhaupt der katholischen Kirche in Fidschi, Erzbischof Peter Loy Chong, beklagte in einem Interview mit der einheimischen Tageszeitung „*Fiji Times*“ den exzessiven Drogenkonsum von Jugendlichen, vor allem von jungen Männern, in Fidschi.

Der Erzbischof bemängelte die Arbeit der Polizei. Hin und wieder eine Drogenrazzia durchzuführen, reiche nicht aus. Es mangle an Aufklärungskampagnen in Familien. *„Wir brauchen Informationen, die bei den Eltern eine Art von Angst auslösen, so dass sie anfangen, sich über das Wohlergehen ihrer Kinder Gedanken zu machen,"* forderte der Erzbischof.

Außerdem beklagte er die mangelhafte Kommunikation in den Familien. Die Menschen hingen heute ständig am Handy, statt sich zu treffen und in Gesprächen auszutauschen. *„Die Leute schauen nur noch auf ihr Handy, aber nicht mehr auf die Beziehung, die aus Reden und Zuhören besteht, der natürlichen Art der Kommunikation und wie wir mit Problemen umgehen. Die Mobiltelefone können das nicht leisten. Man braucht ein menschliches Herz, um ein anderes menschliches Herz zu verstehen, wenn man ein Problem anspricht. Nur dann kann der Stress abgebaut werden, wenn man weiß, dass jemand zuhört“,* erklärte der engagierte katholische Geistliche. *(The Fiji Times 18.07.24)*

Brennende Kirchen

Neukaledonien: Seit Mitte Juli wurden in Neukaledonien fünf katholische Kirchen niedergebrannt.
In Saint-Louis, einer Hochburg der Unabhängigkeitsbewegung südlich von Nouméa, wo die erste Kirche brannte, trug ein festgenommener Verdächtiger eine gestohlene Soutane und demonstrierte gegen die Organisation seines Stammes, so der Staatsanwalt von Nouméa, Yves Dupas.

Auf der Île des Pins wurden die Täter vom Ältestenrat des Dorfes identifiziert und zur Verantwortung gezogen. Jérôme Vakume, der Vorsitzende des Ältestenrates der Insel, erklärte: *„Der Klanchef war sehr betroffen und verurteilt die Brandstiftung aufs Schärfste. Die Religion ist neben dem Brauchtum und der Politik eine Säule des Lebens hier“.*

Im Ort Pouébo wurde die Balade-Kirche durch Vandalismus und Brandstiftung schwer beschädigt. In dieser kleinen Ortschaft im Nordosten begann 1843 die katholische Evangelisierung Neukaledoniens - und zwar genau in Balade, wo die Kirche Saint-Denis mit ihren Glasfenstern an die Ankunft der ersten Maristen-Missionare erinnert. Die Glasmalereien in den Kirchenfenstern stehen unter Denkmalschutz.

Von den rund 270.000 Einwohner*innen Neukaledoniens gehören rund 150.000 der evangelischen und der katholischen Kirche an. Für die Brandstiftungen scheint es unterschiedliche Beweggründe zu geben. Der katholische Erzbischof von Nouméa, Michel-Marie Calvet, meinte: *„Wir haben einen Willen gesehen, alles zu zerstören, was etwas Organisiertes darstellt.“*

Pastor Var Kaemo, Präsident der Protestantischen Kirche von Kanaky/Neukaledonien (EPKNC, reformiert), erklärte selbstkritisch: *„Wir haben dazu beigetragen, die Landschaft der Kanak zu verändern, sie zu verzerren. Wir müssen das Traditionelle wieder mehr anerkennen.“ (AFP 08.09.24, France Info 09.09.24)*

Spatenstich für Tempel

Kiribati: Der 70-jährige Elder Jaggi, zweiter Vorsitzender der Pazifik-Gebietspräsidentschaft der *Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage*, wird am 2. November den ersten Spatenstich für das „Haus des Herrn“ (House of the Lord) auf dem Atoll Tarawa vornehmen.

Der Präsident der *Church of Jesus Christ of Latter-day Saints* hatte bereits im Oktober 2020 auf der Generalkonferenz der Kirche festlegen lassen, dass weltweit sechs neue Tempel gebaut werden sollen. Kiribati gehört derzeit zum Tempelbezirk Suva (Fidschi) - dieser Tempel liegt 2.168 Kilometer (1.171 Seemeilen) südöstlich von Kiribati.

Am 19. Mai 2021 waren die Pläne für den Standort und das Äußere des Tempels auf Tarawa veröffentlicht worden. Es wird sich um ein einstöckiges Gebäude mit einer Fläche von etwa 10.000 Quadratmetern und einem zentralen Turm handeln. Das 0,80 Hektar große Grundstück in Ambo, Süd-Tarawa, wird nicht nur den Tempel, sondern auch ein neues Versammlungshaus und Gemeinderäume umfassen. Eine weitere Nebenanlage wird 450 Meter westlich des Tempels errichtet.

Hintergrund: Die Kirche zählt in Kiribati mehr als 22.650 Mitglieder- das ist etwa jeder sechste Einwohner. Die Gemeindemitglieder sind in zwei „Dekanaten“, 37 Gemeinden und einem Missionswerk organisiert. Die Wurzeln der Kirche gehen auf eine Anfrage des örtlichen Lehrers Waitea Abiuta zurück, ob seine Absolventen die Liahona High School in Tonga besuchen könnten. 1972 wurde der Antrag genehmigt. Abiuta und einige Schüler konvertierten zum Glauben der Heiligen der Letzten Tage und die Schüler dienten später, im Oktober 1975, als die ersten Missionare Kiribatis.

Das erste gebaute Versammlungshaus wurde 1984 fertiggestellt und der verstorbene Elder L. Tom Perry vom Kollegium der Zwölf Apostel gründete 1996 den ersten „Pfahl“ (eine Art Dekanat). *(www.ChurchofJesusChrist.org 09.09.24)*

Anmerkung der Redaktion (J.R.): Aufgrund der ausführlichen Berichterstattung in deutschen und internationalen Medien über den Besuch des Papstes in Indonesien, Papua-Neuguinea, Osttimor und Singapur habe ich hier auf weitere Artikel verzichtet.

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:
ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik INFORMATIONSSTELLE und Mission EineWelt
Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de